

Familiengerechte Kommunen

Kommunale Praxis in Nordrhein-Westfalen

Materialien zur Prävention



Verein
Familiengerechte
Kommune

| BertelsmannStiftung

Im Jahr 2011 haben die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz) ins Leben gerufen. Gemeinsam mit achtzehn Modellkommunen haben sie es sich zum Ziel gemacht, die Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Das Modellvorhaben wird wissenschaftlich begleitet. Die Bertelsmann Stiftung verantwortet die Begleitforschung gemeinsam mit den wissenschaftlichen Partnern. In der vorliegenden Schriftenreihe werden in unregelmäßigen Abständen Einblicke und Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitforschung zur kommunalen Prävention mit unterschiedlichen wissenschaftlichen Partnern veröffentlicht. Die Reihe „Materialien zur Prävention“ macht dabei auch thematisch zugehörige Erkenntnisse und Einblicke aus der erweiterten wissenschaftlichen Betrachtung des Modellvorhabens bekannt.

In 2011, the State Government of North Rhine-Westphalia and the Bertelsmann Stiftung launched "Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor" ("Leave No Child Behind! Municipalities in North Rhine-Westphalia providing equal opportunities for all children"). Together with eighteen municipalities taking part in this joint initiative, the partners aim to improve development prospects and provide equal opportunities for every child. The undertaking is being studied in a parallel running research project led by the Bertelsmann Stiftung and selected partners from academia. The focus of the research element is how prevention in general contributes to the successful upbringing of young people from birth to adulthood. The Bertelsmann Stiftung is publishing this scientific series with initial findings and insights into these analyses.

Familiengerechte Kommunen

Kommunale Praxis in Nordrhein-Westfalen

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Familiengerechte Kommunen

Kommunale Praxis in Nordrhein-Westfalen

Schriftenreihe Materialien zur Prävention
Erscheinungsort Gütersloh
Band 3 (November 2015)

© Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Telefon 05241 81-81 285

www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Kirsten Witte, Director Programm „LebensWerte Kommune“, Bertelsmann Stiftung

Karl Janssen, Projektleitung „Kein Kind zurücklassen!“, Kommunalexperte der Bertelsmann Stiftung

Verantwortlich

Dr. Regina von Görtz, Project Manager, wissenschaftliche Leitung „Kein Kind zurücklassen!“, Bertelsmann Stiftung

Redaktion

Hanna Münstermann, Project Manager „Kein Kind zurücklassen!“, Bertelsmann Stiftung

Koordination Bettina Hatecke, Senior Project Assistant, Bertelsmann Stiftung

Titelbild Daniel Schoenen – panthermedia.net

Gestaltung Nicole Meyerholz, Bielefeld

Lektorat Rudolf Jan Gajdacz, team 4media&event, München

Druck Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

ISSN-Print 2364-0375

ISSN-Internet 2364-0383

Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds.

Inhalt

1	Vorwort	7
2	Familiengerecht steuern!?	8
3	Von guter Praxis lernen – kommunale Ansätze für mehr Familiengerechtigkeit	19
3.1	Familien quartiersbezogen fördern: Ungleiches ungleich behandeln	20
3.2	Vielfalt fördern, Chancen ausgleichen: Teilhabe aller Familien stärken	23
3.3	Hand in Hand: Perspektiven für Familien eröffnen	27
3.4	Heterogenität handhaben: Familienpolitik zielgruppenorientiert gestalten	30
3.5	Familienfreundlichkeit erhalten: vielfältige Familienformen in den Blick nehmen	35
3.6	Generationen verbinden: das Miteinander fördern	39
3.7	Attraktivität erhalten: lebenswerter Lebensort für Familien bleiben	44
3.8	Brücken bauen: grenzübergreifende Familienpolitik gestalten	49
3.9	Familien im Mittelpunkt: Gemeindeentwicklung mit und für Familien	56
3.10	Mobilität ermöglichen: Zeitressourcen für Familien gewinnen	61
4	Von der (Re-)Aktion zur Strategie	66
	Die Autoren	70
	Literatur und Quellenangaben	71
	Nicht veröffentlichte Quellen aus dem Bestand des Vereins „Familiengerechte Kommune e. V.“	80

1 Vorwort

Die Gestaltung von Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen Nordrhein-Westfalens ist eine der Kernaufgaben des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz). Die Aufgaben und Handlungsbedarfe, die damit auf kommunaler Ebene einhergehen, sind jedoch lokal verschieden. Um die Vergleichbarkeit und das voneinander Lernen zu ermöglichen, wurde in der Materialreihe zur Prävention eine Typisierung veröffentlicht, die Kommunen mit ähnlichen Herausforderungen zu zehn Gruppen zusammenfasst. Darin werden Ansatzpunkte kommunaler Präventionsstrategien für die unterschiedlichen Typen von Kommunen aufgezeigt.

In der vorliegenden Broschüre wird aus jedem dieser zehn Cluster ein Beispiel kommunaler familiengerechter Praxis in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Jeweils eine Kommune pro Cluster wurde ausgewählt und ihre Herangehensweise im Umgang mit den örtlichen familienpolitischen Herausforderungen näher betrachtet (Kapitel 3).¹

Den Praxisbeschreibungen vorangestellt wird eine Darstellung übergreifender Herausforderungen der städtischen Sozialpolitik im 21. Jahrhundert (Kapitel 2). So wird deutlich, dass Kommunen es mit lokal verschiedenen Ausprägungen gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen zu tun haben. Nachhaltige Verbesserungen für Familien lassen sich nur realisieren, wenn beides zusammenkommt: eine strategische und bedarfsgerechte Steuerung der Aktivitäten und Angebote für Familien in der Kommune sowie eine entsprechende Flankierung durch die Stadtgesellschaft und die anderen politischen Ebenen (Kapitel 4).

¹ Bei den Kommunen handelt es sich hauptsächlich um Kommunen aus dem Netzwerk des Vereins „Familiengerechte Kommune“. Mit dem Audit „Familiengerechte Kommune“/Audit „Familiengerechter Kreis“ setzen sich diese Kommunen – häufig bereits seit Jahren – für eine gerechtere Ausrichtung ihrer Familienpolitik ein.

2 Familiengerecht steuern!?

Der demographische Wandel auf der lokalen Agenda

In den Jahren von 1965 bis 1975 hat sich in Deutschland ein bis dahin (zumindest in Friedenszeiten) beispielloser Geburtenrückgang ereignet. Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland haben diesen Teil des demographischen Wandels spät als Problem erkannt. Erst Jahrzehnte später gab es eine politische Reaktion. Familienpolitik, die bis dahin in erster Linie die wirtschaftlichen Belastungen des Kinderhabens mindern wollte, wurde als bevölkerungspolitisches Instrument entdeckt und die „Erhöhung der Geburtenzahlen“ wurde ein legitimes Ziel staatlicher Familienpolitik.

Der Geburtenrückgang der 1960er und 1970er Jahre und die seitdem konstant niedrigen Geburtenzahlen sind das Ergebnis nachhaltiger Wandlungen der Lebensform Familie. Niedrige Geburtenzahlen und hohe Kinderlosigkeit sind auch (ungeplante) Wirkungen einer staatlichen Politik, die mit Bildungsexpansion und rechtlicher Gleichstellung die gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabechancen von Frauen erweitert hat, ohne (wie es viele Nachbarländer viel früher getan haben) Müttern und Vätern zugleich verbesserte Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf anzubieten. Vor allem die besser ausgebildeten jungen Frauen und Männer bekommen ihre Kinder immer später, viele bleiben kinderlos.

Im Zentrum der (späten) bevölkerungspolitisch motivierten Aufwertung von Familienpolitik in den letzten beiden Jahrzehnten stehen deshalb jetzt der Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Einführung familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle und eines einkommensunabhängigen Elterngeldes. Davon sollen vor allem die Mittelschichten profitieren. Damit wird die örtliche Ebene, werden die Städte und Gemeinden zum Implementationsfeld einer modernen (d. h. moderne Familienformen unterstützenden) Familienpolitik. In diesem Zusammenhang entwickelt sich aber auch eine Engführung örtlicher Familienpolitik auf den Ausbau der Kinderbetreuung, die für sich genommen zweifellos sinnvoll ist, allein aber zu kurz greift.²

2 Strohmeier 2013: 204–204, 209.

„Familiengerechtigkeit“ in den Kommunen ist nicht nur Kinderbetreuung

Wenn es darum geht, die Lebensverhältnisse der Menschen (oder der Familien) zu gestalten und zu verbessern, dann muss dies „vor Ort“ geschehen, d. h. dort, wo Familien leben, bzw. dort, wo ihre Mitglieder arbeiten und lernen. Ein Ausbau der Kinderbetreuung nützt den Familien, wenn sie zusätzlich geschaffene Angebote vor ihrer Tür finden und (auch das ist wichtig) wenn sie diese auch tatsächlich brauchen.

Unter den besser gebildeten Angehörigen der Mittelschicht finden wir mittlerweile hohe Anteile von Menschen in kinderlosen Lebensformen, die (zum Beispiel im akademischen Milieu) mittlerweile einen gewissen Grad von „Normalität“ erreicht haben. Die Akzentuierung des Ausbaus von Kinderbetreuung in der Familienpolitik der letzten Jahrzehnte zielt vor allem auf diese Klientel, die wir allerdings nicht in jeder Kommune überall in gleichem Maße antreffen.

Die Mittelschichtfamilie mit zwei berufstätigen Eltern finden wir eher in der Vorstadt im „Speckgürtel“ der Städte oder in den suburbanen Pendlergemeinden als in den Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus oder in den innenstadtnahen ehemaligen Arbeitervierteln. Hier aber leben besonders viele alleinerziehende Mütter und viele kinderreiche Familien mit Migrationshintergrund. Familien haben also in unterschiedlichen Milieus (und in unterschiedlichen Gebieten) unterschiedliche Probleme und Bedarfe.

Eine Befragung der Bürgermeister in unterschiedlichen Größenklassen und Lagetypen von Städten und Gemeinden über 2.000 Einwohnern in Deutschland hat noch 2005 ergeben, dass die meisten Kommunen, gleichgültig ob es sich um große oder kleine Städte, wachsende oder schrumpfende Städte, Städte im Ballungskern oder Gemeinden am Ballungsrand handelt, uniform und überall den Ausbau der Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an die erste Stelle ihrer politischen Prioritätenliste setzen.³

3 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2005: 17 ff.

Die „neue“ Politik für Familien erwartet vom Ausbau der Kinderbetreuung eine Steigerung der Geburtenzahlen.⁴ Dieses „Wirkungsmodell“ ist zu schlicht gedacht. Die niedrigsten Geburtenraten bei gleichzeitig bestem Ausbau der Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen finden wir in den kreisfreien Städten mit den größten Universitäten. Dort leben allerdings besonders wenige Familien und darunter besonders viele arme Familien. Bochum, Münster und Aachen z. B. sind die am wenigsten von Familienhaushalten geprägten Städte in Nordrhein-Westfalen. Hier leben studierende Eltern (in unbekannter Zahl), denen allein mit dem Ausbau der Kinderbetreuung nicht geholfen wäre, und hohe Anteile armer Familien, denen die gute Kinderbetreuung allein auch nicht hilft.

Im ländlichen Raum dagegen (z. B. in Ostwestfalen-Lippe oder im Sauerland) gibt es Kommunen, in denen nahezu die Hälfte der Dreijährigen keinen Kita-Platz in Anspruch nimmt (z. B. Lage an der Lippe). Die Geburtenraten dort sind aber zum Teil recht hoch. Vielfach handelt es sich um Wohnorte von russlanddeutschen Aussiedlern. Auch hier finden wir sehr spezielle Lebenssituationen und Alltagsprobleme von Familien.⁵ Betrachtet man die tatsächlichen Strukturen in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen, so zeigt sich, dass es im derzeitigen familienpolitischen Diskurs eine wenig hilfreiche Engführung im Hinblick auf Kinderbetreuung gibt. Sie ist nicht überall das Problem und sie ist nicht immer die Lösung.

In Abhängigkeit von den Lebenslagen, Lebensformen und kulturellen Lebensstilen der Familien ist zu definieren, welche Unterstützung und Förderung wo gebraucht werden. Es gibt Kommunen, in denen Bildung, Integration, Armut, Gesundheit und die Zusammenhänge zwischen diesen weitaus dringendere Problemlagen sind. Die Vereinbarkeit von Studium und Beruf in den Universitätsstädten stellt die Studenten (und auch die jungen Wissenschaftler)⁶ in Deutschland vor besonders schwere Probleme. Im europäischen Vergleich gibt es in Deutschland im akademischen Mittelbau und unter Studenten die absolut höchsten Anteile von Kinderlosen.

4 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2009.

5 Daten dazu finden sich unter www.wegweiser-kommune.de.

6 Aus Gründen der Einfachheit und besseren Lesbarkeit verwendet diese Publikation vorwiegend die männliche Sprachform. Es sind jedoch jeweils beide Geschlechter gemeint.

Die familienpolitischen Ausgangslagen in den Kommunen und damit die konkreten Herausforderungen und Bedarfe vor Ort sind aufgrund der demographischen Veränderungen hochgradig differenziert. In den Universitätsstädten, den Dörfern und Kleinstädten im Lipperland oder im altindustriellen Ruhrgebiet finden wir höchst differenzierte Bedarfe und sehr unterschiedliche lokale Herausforderungen der örtlichen Politik.

Der aktuelle Bedeutungszuwachs der kommunalen Ebene bei der Implementation familienfördernder Politik ereignet sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Viele Kommunen stehen vor der Zahlungsunfähigkeit. Allein sind sie mit der Herstellung von Familiengerechtigkeit überfordert und sind auf Leistungen der Familien selbst, der Kirchen und Verbände, der Zivilgesellschaft und der örtlichen Wirtschaft angewiesen. All diese Akteure verfolgen eigene Ziele und sie beeinflussen, willentlich oder nicht, mit ihren Handlungen und Entscheidungen die Lebensführung der Familien und das Aufwachsen der Kinder (von denen immer mehr eingewandert sein werden) in der Kommune.

Die Herstellung von Familiengerechtigkeit vor Ort ist also weniger eine Frage der Bereitstellung und Finanzierung von Infrastruktur durch die politische Gemeinde als vielmehr eine Frage der Koordination und Steuerung der (durchaus eigensinnigen) Handlungen unterschiedlicher Akteure in der Ortsgesellschaft und der örtlichen Wirtschaft durch die kommunale Politik.

Fünf Herausforderungen der städtischen Sozialpolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts

Diese Zusammenhänge hat der Bielefelder Soziologe Franz-Xaver Kaufmann bereits 1997 mit seinen fünf „Herausforderungen“ des Sozialstaats am Beginn des 21. Jahrhunderts beschrieben. Er unterscheidet eine ökonomische (1), eine demographische (2), eine soziale (3), eine kulturelle (4) und eine internationale (5) Herausforderung.

Die Krise der öffentlichen Finanzen (1), der Geburtenrückgang und die Alterung der Bevölkerung (2), als „krisenhaft“ empfundene Entwicklungen im Verhältnis der Generationen und in der Familie (3), das Schwinden sozialer und politischer Parti-

zipation (4), die Probleme einer geregelten Zuwanderung und der Integration von Einwanderern (5) sind von ihm als Herausforderungen noch ohne Bezug auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in den Regionen, Städten und Gemeinden thematisiert worden. Tatsächlich aber beschreiben die fünf Herausforderungen, die Kaufmann erkannt hat, die zentralen Themen und die veränderten Rahmenbedingungen familiengerechter kommunaler Politik in diesen Zeiten, wie nachfolgend dargestellt.

Die ökonomische Herausforderung der Kommunen

Die ökonomische Herausforderung der Kommunen besteht in den finanziellen Restriktionen, die den Städten und Gemeinden die Bewältigung der anderen vier Herausforderungen erschweren. Immer mehr Kommunen beklagen erhebliche strukturelle Haushaltsdefizite, die ihnen die Erfüllung von Pflichtaufgaben kaum mehr möglich machen. Solche Beschränkungen gehen dann selbstverständlich zulasten der „freiwilligen Leistungen“, unter die viele Maßnahmen, die einer modernen Familienpolitik zuzurechnen sind, fallen.

Die demographische Herausforderung der Kommunen

Die demographische Herausforderung besteht in den zum Teil unerwartet schnellen Veränderungen von Humanpotenzialen. Innerhalb von nur 15 Jahren wird sich zum Beispiel in der Stadt Bielefeld (die die „durchschnittlichste“ in Nordrhein-Westfalen ist) das Verhältnis zwischen den über 65-Jährigen und den Jahrgängen zwischen 50 und 65 umkehren. Bei gleichbleibender Entwicklung kehren sich auch die Anteile der unter 18-Jährigen und der über 65-Jährigen um. Daraus folgen erhebliche Anpassungsbedarfe in der kommunalen Infrastruktur und im Wohnungsbestand. Die informellen „Solidarpotenziale“ (z. B. Nachbarschaftshilfe), die bislang die kommunalen Sozialhaushalte entlastet haben, werden zunehmend stärker beansprucht.

Die soziale Herausforderung der Kommunen

Die soziale Herausforderung der Städte und Gemeinden besteht in der Erosion traditioneller Familienformen und Nachbarschaftsbeziehungen, in denen solche solidarischen Beziehungen zwischen den Generationen gelebt wurden. Von ihr sind vor

allein die unteren Schichten betroffen. Familiensolidarität bedarf der Hoffnung auf bessere Zeiten. Soziale Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit in „abgehängten“ Problemvierteln stellen besonders die schrumpfenden Kommunen vor besondere Probleme. Denn rückläufige Bevölkerung (bei entspannten Wohnungsmärkten) führt zu besonders starker kleinräumiger Konzentration von überforderten Familien in überforderten Nachbarschaften.

Überall führt die demographische Entwicklung zu Verschiebungen im Generationenverhältnis mit einer absehbaren Überlastung der informellen Solidarpotenziale im Verhältnis der Generationen. Pflege und Sorge für Kinder und für die alte Generation müssen in den Gemeinden deshalb künftig anders organisiert werden. Dabei ist eine offene Frage, ob und in welchem Umfang z. B. der Markt äquivalente Lösungen anbietet und wen er dabei ausschließt.

Die heute noch „jungen“ kleineren Gemeinden im Umland der großen Städte und im ländlichen Raum werden in besonderem Maße von der Alterung betroffen. Gleichzeitig werden viele von ihnen schrumpfen, denn die mittlerweile erwachsen gewordenen Kinder der „Stadtflüchtlinge“ der letzten Jahrzehnte zieht es (häufig als Bildungswanderer) in die großen Städte.

Die kulturelle Herausforderung der Kommunen

Die kulturelle Herausforderung der Städte liegt im Schwinden sozialer Integration und lokaler Identifikation der Bürger. Sie zeigt sich u. a. im Rückgang lokalpolitischer und sozialer Partizipation und verbreitetem Gestaltungspessimismus. In den Armutsvierteln der Städte und in den Stadtteilen mit den höchsten Migrantenanteilen sind in der Kommunalpolitik faktisch nicht mehr repräsentierte „demokratiefreie Zonen“ entstanden, in denen nur noch eine Minorität der erwachsenen Bevölkerung am politischen Leben partizipiert. Im ärmsten Kommunalwahlbezirk einer rheinischen Großstadt mit etwa 60 Prozent Personen im SGB-II-Bezug haben 2009 nur 8 Prozent der Wahlberechtigten tatsächlich an der Kommunalwahl teilgenommen.

Maßgeblich dafür sind extrem fluktuierende, sozial instabile Milieus segregierter Armut, in denen der (durch Zu- und Fortzüge sowie durch innerstädtische Umzüge

verursachte) jährliche Bevölkerungsumsatz zum Teil über 50 Prozent der Wohnbevölkerung ausmacht.

Die internationale Herausforderung der Kommunen

Ohne Zuwanderung wäre die quantitative Reproduktion der deutschen Bevölkerung in jedem Fall noch mehr gefährdet, als sie es derzeit schon ist, und ohne Zuwanderung wäre der Bevölkerungsschwund weitaus stärker. Die internationale Herausforderung stellt der schrumpfenden Stadtgesellschaft die Aufgabe der Integration einer wachsenden Zahl von Eingewanderten. Regulierung oder gar Abwehr von Einwanderung mag man als „internationale“ Herausforderung der Nationalstaaten ansehen. Auf kommunaler Ebene geht es nicht um Abwehr von Einwanderung, sondern immer um die „Integration“ der „Fremden“. Integration bedeutet die Chance auf einen Platz in der Gesellschaft, den Einwanderer und ihre Kinder nach ihren Fähigkeiten ohne Diskriminierung erlangen können. Der zugewanderte Nachwuchs der Stadtgesellschaft ist besonders von Einkommens- und Bildungsarmut betroffen, die zudem einander in hohem Maße bedingen. Debatten um „qualifizierte Zuwanderung“ sind so lange Phantomdebatten, wie sie nicht die Qualifikation der bereits Zugewanderten und ihrer Kinder einschließen, die angesichts der demographischen Herausforderung für die gesellschaftliche Nachwuchssicherung dringend benötigt werden. In den Stadtteilen, in denen besonders viele arme Haushalte leben, wachsen auch besonders viele Kinder und Jugendliche auf und unter diesen sind besonders viele Migranten.

Lokale Lösungsstrategien

Aus der Interdependenz von demographischer, sozialer, ökonomischer, kultureller und internationaler Herausforderung ergibt sich zwingend die Notwendigkeit der Kooperation der lokalen Politik, unterschiedlicher Ressorts der Verwaltung und von Akteuren in der Bevölkerung, der Zivilgesellschaft und in der örtlichen Wirtschaft. Hier sind integrierte Strategien und Konzepte sozialer Kommunalpolitik gefragt.

In einigen der 393 Kommunen in Nordrhein-Westfalen mag schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich der wesentliche Engpass des Familienalltags sein. In den Kreisen Herford und Gütersloh beispielsweise finden wir Erwerbsquoten von

Müttern vor, die zum Teil skandinavische Werte erreichen, wobei viele von diesen Müttern Pendlerinnen sind. Gleichzeitig ist die Kinderbetreuung in den Kommunen durchaus noch ausbaufähig.

In anderen Kommunen jedoch (zum Beispiel im nördlichen Ruhrgebiet, in Gladbeck oder in Herten) liegt das Schwergewicht der örtlichen Familienpolitik in der Migrations- und Integrationspolitik und in der Bekämpfung der Bedingungen und Folgen der Armut. Einkommensarmut, Bildungsarmut und Beteiligungsarmut beeinflussen einander und prägen die Welt, in der immer noch zu viele Kinder aufwachsen müssen. Der Jugenddezernent einer Ruhrgebietsgroßstadt berichtet über Stadtteile, in denen die Kinder keinen Erwachsenen mehr kennen, der zur Arbeit geht, und über Familien, in denen die schulpflichtigen Kinder als einzige früh morgens aufstehen müssen.

In der Dortmunder Nordstadt oder im Stadtteil Köln-Finkenbergr haben so gut wie alle Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund. Hier aber sind zugleich besonders viele Kinder arm und besonders viele weisen schon bei der Einschulung erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen auf. Zwischen diesem Milieu und z. B. dem religiös konservativ geprägten Milieu der russlanddeutschen Aussiedler im Lippschen und im Sauerland oder dem Alltag der Akademikerfamilien zwischen Beruf und Familienleben in den bürgerlichen Vorstädten, wie beispielweise von Düsseldorf, liegen tatsächlich Welten.

Die fünf Herausforderungen des Sozialstaats erweisen sich also als hochgradig zusammenhängend, wenn wir sie auf die kommunale Ebene beziehen. Sie betreffen unterschiedliche Kommunen (und in den großen Städten unterschiedliche Stadtteile) aber in unterschiedlicher Weise. Es gibt deshalb keine Lösungsstrategien „von der Stange“. Gefragt sind vielmehr fundierte, kreative und in Beteiligungsprozessen von den Akteuren entwickelte kooperative Lösungen.

Familiengerechte Kommunen sind solche Städte und Gemeinden, in denen alle Akteure, die faktisch an der Lebenswirklichkeit von Kindern und Familien vor Ort mitwirken, sich dazu entschlossen haben, bei der Entwicklung von Lösungen zusammenzuarbeiten. Voraussetzung dafür ist eine Bestandsaufnahme, bei der eine kommunale

Familienberichterstattung ebenso hilfreich sein kann wie die Einigung aller Akteure auf gemeinsame Ziele im Diskurs auf Augenhöhe, die Identifikation sachlicher und zeitlicher Prioritäten und die Zusammenarbeit bei der Erreichung dieser Ziele. Dabei hilfreich sind vorab definierte Meilensteine.

Integrierte Handlungskonzepte, in denen unterschiedliche Akteure und verschiedene Politikbereiche bei der Erreichung gemeinsamer Ziele zusammenarbeiten, gibt es in der Stadtentwicklungspolitik seit gut 20 Jahren. Aktuelle Beispiele für strategische Lösungsansätze und Instrumente sind das Audit „Familiengerechte Kommune“, „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz) und der KECK-Atlas.

Audit „Familiengerechte Kommune“/Audit „Familiengerechter Kreis“

Das Audit ist ein strategisches Planungs- und Führungsinstrument für die politische Entscheidungsebene. Auf Basis einer Analyse der familienpolitischen Ausgangslage wird mit der an diesem Angebot teilnehmenden Kommune eine nachhaltige Gesamtstrategie entwickelt. Vorhandene Aktivitäten werden gebündelt und die Zusammenarbeit in der Kommune intensiviert. Der demokratische und partizipative Prozess wird durch erfahrene und lizenzierte Auditoren gesteuert und durch unabhängige Experten begleitet.

Die Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen wird über drei Jahre durch eine jährliche Berichterstattung abgesichert. Über vier Jahre ist die teilnehmende Kommune/der teilnehmende Kreis an einem kollegialen Fortbildungs- und Austauschnetzwerk beteiligt, das vom Verein „Familiengerechte Kommune“ organisiert wird. Mittlerweile haben sich in Deutschland etwa 40 Kommunen und Kreise auf diesen Weg begeben.

„Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz)

Das richtungweisende Modellvorhaben der Landesregierung Nordrhein-Westfalens und der Bertelsmann Stiftung stellt die Weichen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Kommunale Präventionsketten werden aufgebaut, indem vorhandene Kräfte und Angebote in den Städten gebündelt werden, um Kinder und ihre Familien zu unterstützen – lückenlos von der Geburt bis zum Eintritt ins Berufsleben.

Das Modellvorhaben folgt dem Grundsatz „Vorbeugen ist besser als Heilen“: Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen mehr Chancengleichheit bieten und ihnen bessere Entwicklungsperspektiven schaffen. Wir wollen dafür sorgen, dass notwendige Unterstützung früher und gezielter bei Kindern und ihren Familien ankommt. Besonders wichtig ist hierbei die Vernetzung der verschiedenen Akteure in Kitas, Gesundheits- und Jugendämtern, Schulen oder auch beruflichen Bildungsträgern.

KECK-Atlas

KECK ist ein Instrument, das kleinräumig – auf einzelne Stadtgebiete oder Ortsteile bezogen – über die soziale Lage sowie die Bildung und Gesundheit von Kindern Auskunft gibt. Aussagefähige Indikatoren beschreiben, wie der kommunale Raum, in dem die Kinder leben, aussieht. Das Besondere an KECK: Es verknüpft Informationen zu den Ausgangsbedingungen im Sozialraum mit Daten zur Entwicklung von 3,5- bis 6-jährigen Kindern.

Der internetbasierte KECK-Atlas visualisiert ungleiche Chancen und liefert so der örtlichen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ausgewählte Informationen und Vergleiche zu den Entwicklungsbedingungen von Kindern. Das Einzigartige an diesem Sozialraum-Atlas sind Daten über die tatsächlichen Entwicklungen von Kindern im Kontext ihres Lebensumfeldes.

Kommunen, die mit dem KECK-Atlas arbeiten, schaffen Transparenz, identifizieren sozialraumgenau Bedarfe und können so ihre (knappen) Ressourcen wirksam steuern. Durch die Visualisierung der kleinräumigen Erkenntnisse können Akteure (Politiker, Zivilgesellschaft, Unternehmer etc.) für ein gemeinsames Vorgehen gewonnen werden.

Kommunen, die Familiengerechtigkeit herstellen wollen, sind gut beraten, sich mit anderen Kommunen zu vergleichen. Räder, die anderswo ohnehin schon rollen, muss man nicht neu erfinden, und von solchen, die anderswo nicht ins Rollen kamen, sollte man vielleicht besser die Finger lassen. Um sich tatsächlich mit anderen Kommunen vergleichen zu können, sollte man aber wissen, welche ähnliche bzw. vergleichbare Ausgangsbedingungen vorweisen wie die eigene.

Die Bertelsmann Stiftung hat zum zweiten Mal eine Typologie der familienpolitischen Ausgangslagen in den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen mit mehr als 5.000 Einwohnern vorgelegt. Die erfassten 393 Kommunen in Nordrhein-Westfalen lassen sich in zehn Typen mit ähnlichen Strukturen und Entwicklungen zusammenfassen. In jeder dieser Gruppen gibt es spezifische Risiken und Potenziale. In allen Gruppen gibt es Städte und Gemeinden, die sich erfolgreich auf den Weg zur Herstellung von mehr Familiengerechtigkeit gemacht haben. Sie werden in den nächsten Kapiteln vorgestellt.

3 Von guter Praxis lernen – kommunale Ansätze für mehr Familiengerechtigkeit

Neun der zehn im Folgenden ausgewählten Kommunen sind Audit-Kommunen. Sie haben das Audit „Familiengerechte Kommune“ für die Analyse ihrer familienpolitischen Ausgangslage und zur Entwicklung einer kommunalen Gesamtstrategie genutzt. Durch die kommunale Begleitung im Audit-Netzwerk konnten Kommunen ausgewählt werden, die bereits über vielfältige Erfahrung in der Koordination und Steuerung örtlicher familienpolitischer Aktivitäten verfügen.⁷ Um den Rahmen der Broschüre nicht zu sprengen, werden ein bis zwei zentrale Aspekte der jeweiligen Strategie herausgestellt.

Im Cluster 8 „Brücken bauen: Grenzübergreifende Familienpolitik gestalten“ gibt es keine Kommune aus dem Netzwerk des Vereins „Familiengerechte Kommune“. Es gibt aber viele NRW-Kommunen in nationaler Grenzlage, die bereits Antworten auf grenzübergreifende familienpolitische Fragen gefunden haben. Hier stellen wir mehrere Kommunen vor, die mit der besonderen Herausforderung der nationalen Grenzlage erfolgreich umgehen.

Wir hoffen, dass die hier vorgestellten Ansätze als Inspiration für andere Städte und Gemeinden dienen, die sich ähnlichen örtlichen Herausforderungen und Rahmenbedingungen gegenübersehen. Unser Schwerpunkt liegt dabei auf den Besonderheiten der strategischen Vorgehensweise der Kommune, nicht auf einer möglichst umfassenden Darstellung der familienpolitischen Aktivitäten.

⁷ Hierbei handelt es sich um eine Auswahl. In NRW finden sich auch andere Kommunen mit Erfolg versprechendem und kooperativem Vorgehen für mehr Familiengerechtigkeit.

3.1 Familien quartiersbezogen fördern: Ungleiches ungleich behandeln (Cluster 1)

Aachen, Bonn, Düsseldorf, Hürth, Jülich, Köln, Münster, Paderborn, Siegburg

Familienpolitische Ausgangslage (Ergebnisse der NRW-Clusteranalyse)

Die Familienpolitik in diesen Städten steht vor der besonderen Herausforderung, die sozialräumlich stark unterschiedlichen Lebenslagen ihrer Bevölkerung adäquat zu berücksichtigen. Hier leben einerseits Familien mit hoher Erwerbseinbindung, andererseits arme, hochgradig segregiert wohnende Familien. Viele davon sind Migrantenfamilien. Hauptansatzpunkt ist hier, neben der Unterstützung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen, die Abschwächung der kleinräumigen Polarisierung.⁸

Besondere Potenziale⁹:

• Bevölkerungszuwachs
• Hohe und zunehmende Frauenerwerbsbeteiligung
• Viele Hochqualifizierte am Wohnort
• Positive Entwicklung des Beschäftigungsgrades am Wohnort durch Zuzüge junger Menschen

Handlungsfelder mit Priorität¹⁰:

• Soziale Segregation
• Enorme Prägung durch soziale Problemlagen, wie hohe Kinderarmut
• Fortzug von Familien

Handlungsempfehlungen für die Kommunen des Typs 1:

• Sozialräumliche Daten als Entscheidungs- und Planungsgrundlage für alle familienpolitischen Aktivitäten nutzen. Die sozialräumliche Gliederung sollte regelmäßig und anlassbezogen angepasst werden.
• Wohnortnähe bei allen Unterstützungsmaßnahmen berücksichtigen. Auf diese Weise werden Hürden, wie lange Wege, abgebaut und die Zielgruppen und Individuen besser erreicht.
• Integrierte Quartiersentwicklungskonzepte mit den Bewohnern entwickeln. So kann die Identifikation der Bewohner mit ihrem Quartier gestärkt und Bedarfe und Wünsche dieser können direkt erfragt und berücksichtigt werden.

⁸ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 34 ff.

⁹ Vgl. ebd.

¹⁰ Vgl. ebd.

Gute Praxis aus Düsseldorf

Düsseldorf gehört zu den Kommunen im Cluster 1: **Wachsende Städte mit heterogenen Quartieren, meist Wissens- und Medienstandorte**. Die Herausforderung für diese wachsenden Städte mit sehr unterschiedlich geprägten Quartieren lautet: „Familien quartiersbezogen fördern – Ungleiches ungleich behandeln“. Im Fokus steht das Abfedern sozialer Segregation.¹¹

In Düsseldorf leben Menschen aus über 180 verschiedenen Teilen der Welt.¹² Dabei zeigen sich starke räumliche Unterschiede innerhalb des Stadtgebiets. Beispielsweise reichen die Anteile der Migrantenbevölkerung in den Stadtteilen von 55,5 Prozent in Flingern Süd bis 12,8 Prozent in Himmelgeist.¹³ Auch die Verteilung der Migrantengruppen nach Herkunftsland und die SGB-II-Quote¹⁴ in den Stadtteilen weisen jeweils räumliche Schwerpunkte auf.¹⁵

Der Bedarf an Quantität und Qualität der Unterstützung von Familien, z. B. hinsichtlich der Sprachkompetenzen, ist von Quartier zu Quartier sehr unterschiedlich. Eine Verteilung der Maßnahmen nach dem „Gießkannenprinzip“ ist deshalb nicht zielgerecht und auch teuer.

Um in Düsseldorf die sozialen Interventionen zielgerichtet und bedarfsgerecht einsetzen zu können, erarbeitete das Jugendamt deshalb bereits 1996/97 gemeinsam mit dem Amt für Statistik und Wahlen eine sozialräumliche Gliederung für das Stadtgebiet. Diese umfasste zunächst 156 Bereiche. Die sozialräumliche Gliederung wurde in den Jahren 2001, 2005 und 2011 an die sich verändernden Bedingungen der kleinteiligen Strukturen, z. B. durch Sanierungen oder Neubau, angepasst. Auch neue Erkenntnisse aus der Praxis wurden eingearbeitet. Derzeit ist Düsseldorf in 166 Sozialräume gegliedert, die der Jugendhilfeplanung, Sozialplanung, Schulentwicklungsplanung und weiteren Bereichen als Arbeitsgrundlage dienen¹⁶, so auch beim Aufbau

11 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 34 ff.

12 Vgl. Landeshauptstadt Düsseldorf 2012: 3.

13 Vgl. ebd.: 68.

14 Vgl. Amt für Statistik und Wahlen Düsseldorf 2014: 146 f.

15 Vgl. Landeshauptstadt Düsseldorf 2012: 43 ff.

16 Vgl. Landeshauptstadt Düsseldorf o. J.; Landeshauptstadt Düsseldorf 2011: 5 f.

der kommunalen Präventionsketten im Rahmen des Landesmodellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz). Hier konzentriert man sich auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in Sozialräumen mit besonders hohem sozialen Handlungsbedarf.¹⁷

Auch die Stadtentwicklung fokussiert auf kleinere räumliche Einheiten als Planungsbasis: Es entstehen integrierte Quartiersentwicklungskonzepte für Räume mit einem hohen Anteil an Wohnungsbeständen von Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften. Ziele dabei sind u. a. die Verbesserung quartiersbezogener Infrastruktur insbesondere für Familien und Senioren, z. B. durch Einrichtung eines Kommunikationsknotenpunktes im Quartier, und die Erhöhung der Identifikation der Bewohner mit dem eigenen Quartier, beispielsweise durch die gemeinsame Umsetzung von imagebildenden Maßnahmen für ein Quartier.¹⁸

Für das Jugendamt Düsseldorf sind Wohnortnähe und Sozialraumbezug mittlerweile essenzielle Kriterien in der Jugendhilfeplanung. Immer mehr werden auch integrierte Arbeitsansätze realisiert.¹⁹ Ein Beispiel dafür ist der Jugendhilfeplanungsbericht zum Thema „Stadtteilorientierte Familienbildung nach § 12 SGB VIII“ in Düsseldorf. Auf dieser Basis arbeiten alle beteiligten Institutionen gemeinsam am Aufbau eines Systems wohnortnaher Familienzentren.²⁰

So wird in Düsseldorf erreicht, dass die Maßnahmen dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht werden. Durch systematische Einbeziehung der Zielgruppen und freien Träger, die die Angebote vor Ort anbieten (sollen), wird sichergestellt, dass auch die Art und Ausgestaltung der Maßnahmen den tatsächlichen Bedarfen vor Ort entsprechen.

17 Vgl. Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und Institut für soziale Arbeit e.V. 2015a.

18 Vgl. Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf o.J.: 26.

19 Vgl. Landeshauptstadt Düsseldorf o.J.a.

20 Vgl. Landeshauptstadt Düsseldorf o.J.b.

Das trägt in Düsseldorf zum Erfolg bei:

- Erarbeitung und regelmäßige Fortschreibung einer sozialräumlichen Planungsgrundlage seit 1996/97 (Fortschreibungen 2001, 2005 und 2011)²¹
- Audit „Familiengerechte Kommune“ (Grundzertifikat 2010, Bilanzierungsaudit/Erhaltungszertifikat 2014)²²
- Aufbau kommunaler Präventionsketten im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen – Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz) seit 2012²³
- Regelmäßige Einbeziehung von Familien durch jährliche Gespräche mit den freien Trägern, dem Familientisch, dem Stadtelternterrat und dem Arbeitskreis der Gleichstellungsbeauftragten²⁴

3.2 Vielfalt fördern, Chancen ausgleichen: Teilhabe aller Familien stärken (Cluster 2)

Ahlen, Alsdorf, Baesweiler, Bedburg, Bergheim, Bergkamen, Bochum, Bottrop, Castrop-Rauxel, Datteln, Dinslaken, Dorsten, Dortmund, Duisburg, Düren, Eitorf, Emmerich am Rhein, Eschweiler, Essen, Geilenkirchen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Goch, Gronau (Westfalen), Hagen, Hamm, Heinsberg, Herne, Herten, Hückelhoven, Kamen, Kamp-Lintfort, Kerpen, Kleve, Krefeld, Lünen, Marl, Moers, Mönchengladbach, Nettetal, Oberhausen, Oer-Erkenschwick, Recklinghausen, Stolberg (Rheinland), Übach-Palenberg, Unna, Viersen, Werl, Wesel, Wuppertal

Familienpolitische Ausgangslage

Diese Städte stehen vor der besonderen Herausforderung, Kinderarmut zu bewältigen und Zuwanderer zu integrieren, denn hier leben überdurchschnittlich viele Ausländer und Familien mit Migrationshintergrund. Diese Bevölkerungsgruppe ist besonders häufig von Armut aufgrund von Arbeitslosigkeit und gering bezahlter Arbeit betroffen. Die sozialen Probleme sind im Stadtgebiet weit verbreitet und nehmen zu. Deshalb sind hier neben vielfältigen, räumlich angepassten Maßnahmen insbeson-

21 Vgl. Landeshauptstadt Düsseldorf o. J. c.

22 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. o. J. a.

23 Vgl. Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und Institut für soziale Arbeit e. V. 2015a.

24 Vgl. Jugendamt der Landeshauptstadt Düsseldorf 2011: 2.

dere gesamtstädtische familienpolitische Strategien gefragt. Immer mit einem besonderen Blick auf Fragen der Integration und die Folgen von Armut.²⁵

Besondere Potenziale²⁶:

Handlungsfelder mit Priorität²⁷:

• Steigender Beschäftigungsgrad am Wohnort • Geringe innerstädtische Heterogenität	• Schrumpfung und Überalterung • Große räumliche Verbreitung sozialer Problemlagen und höchste Anteile bei Kinderarmut
• Positive Entwicklung des Trends „Frauenerwerbsbeteiligung und Hochqualifizierte am Wohnort“	• Überdurchschnittlich viele Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss

Handlungsempfehlungen für die Kommunen des Typs 2:

- Indikatoren aus dem Sportbereich (wie Verortung der Sportstätten, Anzahl der aktiven Kinder in verschiedenen Sparten u. Ä.) mit Daten aus Bildung und Gesundheit zusammenbringen.
- Ratsbeschluss herbeiführen, der sicherstellt, dass die erfassten und aufbereiteten Daten Grundlage aller familienpolitischer Entscheidungen sind, um die Verbindlichkeit fachämterübergreifend zu erhöhen.
- Enge Kooperation der Sozialplanungsämter mit Sportvereinen und Bildungseinrichtungen herbeiführen bzw. ausbauen, um mit den Bewegungsangeboten und (Gewalt-)Präventionskursen so viele Kinder wie möglich anzusprechen.

Gute Praxis aus Gladbeck

Gladbeck gehört zu den Kommunen im Cluster 2: **Schrumpfende Städte mit vielen Familien in multiplen Belastungslagen**. Die Herausforderung für diese schrumpfenden Städte mit vielen Familien in Belastungslagen lautet: „Vielfalt fördern, Chancen schaffen: Teilhabe aller Familien stärken.“ Hier steht die soziale Integration im Fokus.²⁸

Gladbeck präsentiert sich als familienfreundliche Sportstadt. Bis hin zur kommunalen Spitze werden hier die Chancen, die in der Vereinsarbeit der lokalen Sportvereine liegen, besonders hervorgehoben. Vielleicht auch, weil der Bürgermeister ein ehemali-

²⁵ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 34 ff.

²⁶ Vgl. ebd.

²⁷ Vgl. ebd.

²⁸ Vgl. ebd.

ger begeisterter Leichtathlet (Schalke 04)²⁹ ist.³⁰ Es sind Chancen für Jugendliche, für Migranten und Senioren und für das soziale Miteinander.

Hier werden tagtäglich Bewegung und Bildung zusammengebracht. Im Vereinsalltag der Sportvereine werden Konflikte gelöst, Kompetenzen ausgebaut, Persönlichkeiten weiterentwickelt, das Miteinander gefördert und vieles mehr. Auch bei politischen und sozialplanerischen Entscheidungen werden Erkenntnisse und Daten aus dem Sportbereich regelmäßig mit einbezogen.

Denn Sport ist in Gladbeck ein Politikfeld mit Tradition. Vertreten wird hier die Haltung, dass Sport und Sportvereine einen großen Anteil zur Jugendförderung und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort beitragen können und sollten. Tatsächlich wird der größte Teil der Gladbecker Jugendarbeit in Sportvereinen gemacht: Etwa 7.200 von rund 12.900³¹ Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre sind zurzeit in Sportvereinen aktiv und profitieren von den gemeinsamen Aktivitäten. Neben den positiven Spracheffekten, die damit einhergehen, ist die Gewaltprävention – aufgrund häufiger körperlicher Konflikte im Vereinsalltag – in Gladbeck ein sportlicher Schwerpunkt. Übrigens: Auch dem wachsenden Anteil an Senioren begegnet man sportlich: Es gibt ein breit gefächertes Angebot an „sozialem Alterssport“.³²

In Kooperation mit dem Stadtsportverband³³ werden Bewegungsangebote und -konzepte schon in die Kitas gebracht. Gladbecker Kindergartenkinder können so vom Know-how der Sportvereine profitieren, ohne zusätzliche Termine wahrnehmen zu müssen. So erreicht man auch Kinder, die diese Angebote aufgrund mangelnder Unterstützung ihrer Eltern oder aus finanziellen Gründen sonst nicht wahrnehmen könnten. Auch an Grundschulen und weiterführenden Schulen sollen Sport und Bewegungsangebote gezielt ausgebaut werden.³⁴

29 Vgl. Preute 2010.

30 Aussage des Gladbecker Jugendhilfeplaners Detlef Möller.

31 Pressestelle der Stadt Gladbeck o. J., Stand 30.6.2013.

32 StadtSportVerband Gladbeck e. V. o. J.

33 Schon vor über 60 Jahren gründete sich der Stadtsportverband Gladbeck. Mit heute rund 60 Mitgliedsvereinen treibt er die Aus- und Weiterbildung der Trainer voran und fördert mittels Sport die Integration in Gladbeck. Vgl. <http://www.sport-in-gladbeck.de/?id=ssv>.

34 StadtSportVerband Gladbeck e. V. o. J.

Auch fließen Indikatoren aus dem Sportbereich systematisch in sozialplanerische Entscheidungsprozesse ein: Im Jahr 2013 wurde die sozialräumliche Datenbasis der Stadt Gladbeck in das Sozialplanungstool KECK-Atlas überführt und dient nun als Grundlage für alle Sozialplanungsbereiche. Die dafür eigens entwickelten Indikatoren-Sets werden stetig weiterentwickelt und, wo relevant, mit Sportindikatoren unterfüttert.³⁵ So können die Planer beispielsweise darstellen, wo besonders viele arme Kinder leben und wo die Zahl der übergewichtigen Kinder beim Schuleintritt besonders hoch ist. Diese Informationen können den Daten aus dem Sportbereich gegenübergestellt werden. Beispielsweise der Anzahl der Sportstätten im Quartier oder dem Anteil der Kinder, die Mitglieder in einem Verein sind. Das liefert wichtige Informationen für politische Entscheidungen, wo beispielsweise Kooperationen mit Schulen und Kitas besonders notwendig sind.

Eine vom Rat beschlossene Zielvereinbarung im Rahmen des Audits „Familiengerechte Kommune“ stellt sicher, dass die erfassten und aufbereiteten Daten ab sofort Grundlage aller familienpolitischer Entscheidungen sind und als Begründungsgrundlage für zukünftige Entscheidungen genutzt werden.³⁶ So können nachhaltig Chancen zur sozialen Teilhabe von benachteiligten Kindern und Jugendlichen gesichert und damit die Folgen der Familien- und Kinderarmut abgemildert werden.

Das Besondere an diesem Ansatz ist, dass mit einem breit aufgestellten Sportangebot, der starken Vernetzung der beteiligten Akteure und der verbindlichen Verwendung einer umfangreichen systematisierten Sozialdatengrundlage den vielfältigen Belastungslagen der Familien entsprochen werden kann. Auch die unterschiedlichen Interessen der Kinder und Jugendlichen können durch die vielfältige Angebotslandschaft und die regelmäßigen Befragungen im Rahmen der Familienberichterstattung leicht Berücksichtigung finden.

35 Aussage des Gladbecker Jugendhilfeplaners Detlef Möller.

36 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Gladbeck 2014: 3.

Das trägt in Gladbeck zum Erfolg bei:

- Gründung des Präventionsbundes in Kooperation mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (2000).³⁷ 2005 entstand daraus das „Bündnis für Familie – Erziehung, Bildung, Zukunft“.
- Aufbau kommunaler Präventionsketten im Rahmen des Landesmodellvorhabens „Kommunen beugen vor – Kein Kind zurücklassen!“ (KeKiz) (2012).³⁸
- Arbeit mit sozialräumlichen Daten (seit 2006) und kontinuierlicher Familienberichterstattung im Fünf-Jahres-Rhythmus (1. Gladbecker Familienbericht 2007; 2. Familienbericht 2012).
- Teilnahme am Audit „Familiengerechte Kommune“ (Grundzertifikat 2010, Erhaltungszertifikat 2015).

3.3 Hand in Hand: Perspektiven für Familien eröffnen (Cluster 3)

Altena, Arnsberg, Bad Berleburg, Bad Driburg, Bad Laasphe, Bad Salzuflen, Barntrup, Beverungen, Blomberg, Brakel, Brilon, Engelskirchen, Ennepetal, Gevelsberg, Heiligenhaus, Horn-Bad Meinberg, Höxter, Kreuztal, Löhne, Marsberg, Meinerzhagen, Menden (Sauerland), Meschede, Neunkirchen, Petershagen, Plettenberg, Porta Westfalica, Radevormwald, Remscheid, Schleiden, Schmallenberg, Schwelm, Sundern (Sauerland), Velbert, Vlotho, Voerde (Niederrhein), Warburg, Warstein, Werdohl, Wermelskirchen, Winterberg, Wülfrath

Familienpolitische Ausgangslage

Die Familienpolitik in diesen Städten steht vor der besonderen Herausforderung, attraktive Lebensbedingungen für Familien mit Kindern zu schaffen, denn demographisch gesehen werden diese Städte immer älter und kleiner.

Das Familienleben ist besonders geprägt von traditionellen Einverdienerfamilien. Werden die Lebensbedingungen dieser Familien verbessert, z. B. durch Einbeziehung bei der Gestaltung der städtischen und sozialen Infrastruktur, kann die noch durchschnittliche Familienprägung gehalten werden.³⁹

37 Vgl. Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) und Institut für soziale Arbeit e. V. 2015b.

38 Vgl. ebd.

39 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 46 ff.

Besondere Potenziale⁴⁰:

- Überdurchschnittlicher und steigender Beschäftigungsgrad am Wohnort
- (Noch) durchschnittliche Familienprägung

Handlungsfelder mit Priorität⁴¹:

- Überdurchschnittliche Schrumpfung und Überalterung mit überdurchschnittlicher Bildungsabwanderung und stetiger Familienabwanderung
- Leicht überdurchschnittliche Kinderarmut

Handlungsempfehlungen für die Kommunen des Typs 3:

- Lebensumfeld der Familien nach ihren Wünschen gestalten, indem Familien in die Überplanung von (Brach-)Flächen intensiv einbezogen werden. So wird sichergestellt, dass etwaige Angebote auch wahrgenommen werden und die Identifikation derjenigen mit dem Heimatort, die sich einbringen, wird erhöht.
- Familien projektbezogen einbinden, so bleibt die Thematik auch für Laien überschaubar. Hier stellt sich auch schneller oder spürbarer der Erfolg der Einflussnahme für den teilnehmenden Bewohner ein als bei allgemeinen Befragungen zur Lebenssituation, denn die Ergebnisse beziehen sich direkt auf die Ideen und Beiträge der Beteiligten, und das in einem meist überschaubaren Zeitrahmen.
- Den Generationen Begegnungsmöglichkeiten geben bzw. gemeinsame Aktivitäten der Familienmitglieder aus jeder Altersgruppe ermöglichen. Beispielsweise durch die Gestaltung eines zentral-gelegenen Parks, wo Menschen jedes Alters ihre Freizeit gerne verbringen.

Gute Praxis aus Kreuztal

Kreuztal gehört zu den Kommunen im Cluster 3: **Alternde Gemeinden geprägt durch traditionelle „Einverdiener-“ bzw. „Ernährerfamilien“**. Die Herausforderung in diesen schrumpfenden und alternden Gemeinden, in denen das Familienleben häufig geprägt ist durch traditionelle Familien, die vor Ort leben und arbeiten, lautet: „Hand in Hand: Perspektiven für Familien eröffnen“. Die Familien mit Kindern gilt es zu halten.⁴²

Den demographischen Herausforderungen begegnet man in Kreuztal mit den Zielsetzungen: Wohlfühlen und Identifikation in Kreuztal fördern, die familiengerechte Infrastruktur erhalten und ausbauen sowie das Miteinander der Generationen fördern.⁴³

⁴⁰ Bertelsmann Stiftung 2015a: 46 ff.

⁴¹ Vgl. ebd.

⁴² Vgl. ebd.

⁴³ Vgl. Familiengerechte Kommune e.V. und Stadt Kreuztal 2012.

In Kreuztal gab es eine große Industriebrache, zentral gelegen zwischen der Innenstadt und dem Bahnhofsgelände, das heute als Kulturstätte genutzt wird. Hier sah man große Potenziale, die Stadt Kreuztal attraktiver für Familien zu machen und diese dadurch leichter halten oder auch neue hinzugewinnen zu können.⁴⁴ Man beschloss, diese Fläche den Kreuztaler Bürgern entsprechend ihrer Vorstellungen zur Verfügung zu stellen. Dazu wurden Kreuztaler Familien ganz konkret nach ihren Wünschen und Vorstellungen bezüglich der Nutzung und Gestaltung der Fläche befragt.⁴⁵ Die Kreuztaler Familien sahen Verbesserungspotenzial für ihre Stadt besonders hinsichtlich der Verweil- und Wohlfühlmöglichkeiten und im Hinblick auf Treffpunkte für Jugendliche und Erwachsene. Die Vision der Kreuztaler Familien bezog sich mehrheitlich auf ein generationenübergreifendes Angebot auf der Fläche.⁴⁶ Konkrete Vorstellungen der Familien in Kreuztal, wie die eher naturnahe Nutzung der Fläche, eine Anbindung zum Ferndorfbach oder die Ausstattung mit Toiletten, konnten so eingefangen werden. Dabei sollten nicht nur alle Altersgruppen geeignete Angebote finden, sondern auch viele unterschiedliche Freizeitaktivitäten möglich sein. Die Idee für ein generationenübergreifendes Leben und Wohnen mitten in Kreuztal bestand schon seit Langem (1994) und wurde durch die Ergebnisse der Familienbefragung noch einmal bestätigt.⁴⁷

Auf dieser Grundlage entstand die Entwurfsplanung für den brachliegenden Bereich.⁴⁸ Das Ergebnis der Planungen wurde 2011⁴⁹ realisiert: Ein Mehrgenerationenpark als Begegnungsstätte für Jung und Alt,⁵⁰ der den Kulturbahnhof (ehemaliges Bahnhofsgelände) mittels attraktiver Fuß- und Radwegeverbindungen an die Innenstadt anbindet.⁵¹ Angrenzend entstehen zurzeit zwei Mehrfamilienhäuser, die mit ganz unterschiedlichen Wohnungsgrößen interessant für Studenten und Familien mit Kindern sind.⁵²

44 Vgl. Innovationsagentur Stadtumbau NRW 2012.

45 Vgl. ebd.

46 Vgl. Bader et al. 2007: 148 f.

47 Vgl. ebd.: 155.

48 Vgl. ebd.: 7.

49 Vgl. o.V. 2015a.

50 Vgl. Kreiswohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft mbH Siegen 2015.

51 Vgl. Innovationsagentur Stadtumbau NRW 2012.

52 Vgl. Bieler-Barth 2015.

Mitten in Kreuztal wurde mit dem Mehrgenerationenpark das Lebensumfeld der Kreutztaler Familien aufwertet. Über die projektbezogene Einbindung wird dabei sichergestellt, dass das Ergebnis den Vorstellungen der Kreutztaler Familien tatsächlich entspricht.

Das trägt in Kreuztal zum Erfolg bei:

- Entwicklungskonzept Innenstadt 2004 und 2005: Verabschiedung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes sowie Familienbefragung (2006) zur Gestaltung der Entwicklungsfläche „Heugraben“.⁵³
- Familienbericht (2007) zur Lebenslage und Zufriedenheit von Familien in Kreuztal.
- Teilnahme am Audit „Familiengerechte Kommune“ (Grundzertifikat 2010, Bilanzierungsaudit 2013 bis 2017)⁵⁴, Gründung Kreutztaler Bündnis für Familie 2008⁵⁵ und Einführung des Sozialraum-Planungstools KECK (2015).

3.4 Heterogenität handhaben: Familienpolitik zielgruppenorientiert gestalten (Cluster 4)

Attendorn, Bad Oeynhausen, Beckum, Bielefeld, Brühl, Bünde, Coesfeld, Detmold, Emsdetten, Espelkamp, Euskirchen, Frechen, Greven, Gummersbach, Gütersloh, Halle (Westfalen), Hemer, Herford, Iserlohn, Lemgo, Lengerich, Leverkusen, Lippstadt, Lübbecke, Lüdenscheid, Minden, Monheim am Rhein, Neuss, Oelde, Olpe, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg, Siegen, Soest, Solingen, Steinfurt, Troisdorf, Wesseling, Würselen

Familienpolitische Ausgangslage

Diese Städte stehen vor der besonderen Herausforderung, die sehr heterogenen Lebensverhältnisse ihrer Familien zu berücksichtigen. Es gibt keine Bevölkerungsgruppe, die besonders hervorsticht. Die hervorstechendste Veränderung ist, dass immer mehr Eltern erwerbstätig sind und mehr Hochqualifizierte in den Kommunen wohnen. Hier können die Kommunen weiterhin zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen,

⁵³ Vgl. Innovationsagentur Stadtumbau NRW 2012.

⁵⁴ Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. o. J. b.

⁵⁵ Vgl. Montanus 2011.

um den zunehmenden Bedarfen frühzeitig zu entsprechen. Diese verhältnismäßig ausgewogene Mischung der Lebenswirklichkeiten vor Ort ist eine gute Basis, um eine zielgruppenorientierte und vielseitige Familienpolitik zu praktizieren.⁵⁶

Besondere Potenziale⁵⁷:

• Positive Entwicklung des „Beschäftigungsgrades am Wohnort“ und von „Frauenerwerbsbeteiligung und Hochqualifizierte am Wohnort“	• Zunahme der demographischen Schrumpfung und Überalterung
• Leichte Familienzuwanderung	• Etwas überdurchschnittliche Kinderarmut
	• Leichte Bildungsabwanderung

Handlungsfelder mit Priorität⁵⁸:

Handlungsempfehlungen für die Kommunen des Typs 4:

• Breitgefächerte familienpolitische Maßnahmen und Projekte entwickeln, um alle Familien zu erreichen.
• Synergien innerhalb der Bevölkerungsgruppen nutzen (Senioren-Busbegleiter, Sprachkurse). Mitglieder der gleichen Zielgruppe kennen die Situation meist aufgrund ähnlicher Lebensbedingungen besser als Außenstehende und können so Bedarfe und Bedürfnisse gut erkennen und bedienen. Da dies personenabhängig ist, sollten die Akteure entsprechend geschult werden (z. B. Deeskalations-, Kommunikationskompetenzen). Durch gemeinsame Teilnahme von Familienmitgliedern, beispielsweise an Sprachkursen, kann die Motivation zum Weiterbilden i. w. S. und Erlernen von Kompetenzen verstärkt werden.
• Synergien zwischen den Bevölkerungsgruppen nutzen (z. B. Sperrmüllbörse) und das möglichst hürdenfrei und kostenlos! Bestenfalls mehrsprachig, um auch Migrantenfamilien zu erreichen.

Gute Praxis aus Lipstadt

Lipstadt gehört zu den Kommunen im Cluster 4: **Gemeinden mit heterogenem Bevölkerungs- und Familienmix**. Die Herausforderung in diesen Städten und Gemeinden mit sehr heterogener Bevölkerung lautet: „Heterogenität handhaben – Familienpolitik zielgruppenorientiert gestalten“. Hier sind dementsprechend alle Zielgruppen gleichermaßen zu berücksichtigen.⁵⁹

56 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 50 ff.

57 Vgl. ebd.

58 Vgl. ebd.

59 Vgl. ebd.

In Lippstadt leben etwa 67.000 Menschen, davon haben etwa 20 Prozent einen Migrationshintergrund. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist unter 45 Jahren (44,1 %) und in etwa einem Drittel der Haushalte leben Kinder. Davon sind etwa 17 Prozent alleinerziehende Eltern. Seitdem (2011) Lippstadt auch Hochschulstandort ist, gibt es in der Stadt bis zu 2.000 Studenten.⁶⁰

Bei der Anpassung und Weiterentwicklung familienbezogener Maßnahmen und Projekte ist man deshalb in der Breite wirksam. Die Lippstädter Familienpolitik arbeitet an vielfältigen Themen, z. B. Aufenthaltsqualität für Familien in der Kernstadt, Ausbau der Angebote für junge Erwachsene, Verbesserung der Servicequalität für Senioren, Förderung von Familien mit Migrationshintergrund u. v. m. Um auch den wachsenden Bedarfen der zunehmenden Anzahl erwerbstätiger Eltern zu entsprechen, setzte man im Audit „Familiengerechte Kommune“ einen Schwerpunkt auf die Sicherstellung und Optimierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier möchte man beispielsweise die Ganztagsangebote an Schulen ausbauen und die vorhandenen Angebote transparent machen.⁶¹

Um Eltern ganzjährig und in allen Lebenslagen bei der Organisation der Kinderbetreuung zu unterstützen, bündelt das Jugend- und Familienbüro Informationen zu Hilfe- und Unterstützungsangeboten sowie zur Kinderbetreuung in Lippstadt. Für berufstätige Eltern oder Eltern bei plötzlicher Krankheit oder Betreuungsausfall werden in den Sommerferien der Last-Minute-Ferienclub und die Stadtranderholung für Kinder zwischen fünf und elf Jahren angeboten. Das Besondere: Die Anmeldung kann kurzfristig (von heute auf morgen) stattfinden und entspricht somit der Bedarfslage im Notfall. Mit den Lippstädter Angeboten sind die gesamten Sommerferien abgedeckt.⁶²

In Lippstadt setzt man zudem auf Synergieeffekte innerhalb einzelner und zwischen unterschiedlichen Zielgruppen. Zwei Beispiele dafür, wie man diese nutzen kann, sind die Senioren-Busbegleiter und das Sprachförderkonzept für Migranten, wo mobile Senioren andere Senioren bei Busfahrten unterstützen und Eltern und Kinder gemeinsam die deutsche Sprache lernen sollen.

60 Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Lippstadt 2014b: 1 ff.

61 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Lippstadt 2009: 2.

62 Vgl. Stadt Lippstadt o. J. d.

Senioren-Busbegleiter verbessern die Lebensqualität von Senioren, die Schwierigkeiten bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel haben. Das Projekt wurde initiiert vom Seniorenbeirat der Stadt Lippstadt. Die Idee entstand und wurde konkretisiert im Rahmen der Netzwerkarbeit des Bundesprogramms „Aktiv im Alter“. Es wird vom Büro für bürgerschaftliches Engagement in Kooperation mit der Ruhr-Lippe-Gesellschaft (Verkehrsbetrieb) koordiniert. In Lippstädter Linienbussen fahren an den Markttagen ehrenamtlich Senioren mit, die andere weniger mobile Senioren bei der Nutzung der Busse unterstützen.⁶³ Sie sind erkennbar an ihren blauen Westen mit der Aufschrift „Busbegleiter“ und können sich auf Wunsch ausweisen.⁶⁴ Die Senioren-Busbegleiter wurden in den Busbetrieb eingewiesen und haben einen Erste-Hilfe-Kurs absolviert. Regelmäßige Fortbildungen sichern die Qualität der geleisteten Arbeit: Deeskalationstraining, Kommunikationsschulung und Sicherheitstraining finden in unregelmäßigen Abständen statt.⁶⁵

Nach zwei Jahren wurde der Einsatz der ehrenamtlichen Helfer mit einem gemeinsamen Frühstück und einer Testfahrt für die Senioren-Busbegleiter – einer von ihnen selbst im Rollstuhl – gewürdigt.⁶⁶

Das 2011 veröffentlichte Sprachförderkonzept für Migranten bietet einen strukturellen Rahmen zur Stärkung der Sprachkompetenz von Menschen mit Migrationshintergrund. Es unterscheidet zwölf zum Teil überschneidende Zielgruppen, von unter Dreijährigen über Frauen bis hin zu Senioren. Auch wenn diese Gruppen alle besondere Schwerpunkte im Erlernen der deutschen Sprache mit sich bringen, sollen mit den Maßnahmen möglichst alle Zielgruppen erreicht werden bzw. so viele wie möglich. Davon verspricht man sich hohe Synergieeffekte und eine Stärkung des Interesses zum Erlernen der deutschen Sprache. Diese Effekte sollen beispielsweise in Mutter-Kind-Kursen zur Geltung kommen. Eine kontinuierliche Teilnahme soll beispielsweise durch gleichzeitige Kinderbetreuungsangebote oder Einbeziehung interkultureller Elemente in Kita- und Schulkursen erreicht werden. Bei Jüngeren liegt der Fokus auf der Vermittlung schul- und bildungsrelevanter Sprachfähigkeit. Dabei soll

63 Vgl. Kortmann 2015.

64 Vgl. ebd.

65 Vgl. auch Stadt Lippstadt 2011a.

66 Vgl. Stadt Lippstadt o. J. a.

vor allem in Kitas und Schulen der kulturelle Hintergrund berücksichtigt und in die Sprachvermittlung einbezogen werden.⁶⁷

Familien, die sich größere Anschaffungen nicht immer leisten können, profitieren in Lippstadt regelmäßig davon, dass andere Familien manches über haben. Auf der jährlich veranstalteten Lippstädter Sperrmüllbörse können Lippstädter brauchbare Gegenstände austauschen. Der städtische Baubetriebshof stellt dafür für einen halben Tag sein Gelände bereit. Hier können alle Lippstädter Bewohner gebrauchsfähiges Sperrgut, wie Haus- und Gartenmöbel, Fahrräder, Kinderwagen und vieles mehr, abstellen und mitnehmen. Das Besondere daran: Alles ist umsonst, das Abstellen und das Mitnehmen. Und was nach der Veranstaltung übrigbleibt, wird vom Baubetriebshof entsorgt.⁶⁸ Ein Nebeneffekt ist, dass gut erhaltene Gegenstände seltener auf dem Müll landen.

Die Stadt Lippstadt setzt auch auf die Aktivierung von Jugendlichen zur Mitgestaltung von Maßnahmen und Programmen. Dafür werden Jugendliche nach Ihren Bedarfen und Bedürfnissen befragt und daraus bedarfsgerechte Angebote abgeleitet.⁶⁹ Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist der Kinder- und Jugendstadtplan Lippstadt. Ein Stadtplan von Kindern für Kinder und damit exakt ausgerichtet auf die Wünsche der Kinder und Jugendlichen in der Stadt. Enthalten sind zum Beispiel geheime Lieblingsplätze. Die Spiel- und Freizeitangebote in Lippstadt wurden von Kindern getestet und bewertet. Daran haben rund 100 Kinder mitgewirkt.⁷⁰

Mit vielen Ansätzen und Projekten reagiert man hier unmittelbar auf die ganz unterschiedlichen Bedarfe und Bedürfnisse der Familien in Lippstadt. Dabei nutzt man Synergieeffekte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (z. B. Sperrmüllbörse) und innerhalb einzelner Zielgruppen (z. B. Senioren-Busbegleiter).

67 Vgl. Stadt Lippstadt 2011b: 11 ff.

68 Vgl. Stadt Lippstadt 2015.

69 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Lippstadt 2014a: 4.

70 Vgl. Stadt Lippstadt o. J. b.

Das trägt zum Erfolg in Lippstadt bei:

- 2008 Gründung von „Lokales Bündnis für Familien“
- 2009 Beginn des Audits „Familiengerechte Kommune“ (2010 Zertifikat, 2014 Erhaltungszertifikat)⁷¹
- 2011 Veröffentlichung des Sprachförderkonzeptes der Stadt Lippstadt

3.5 Familienfreundlichkeit erhalten: vielfältige Familienformen in den Blick nehmen (Cluster 5)

Ahaus, Bocholt, Borken, Büren, Delbrück, Dormagen, Dülmen, Erkelenz, Geldern, Geseke, Grevenbroich, Hamminkeln, Hennef (Sieg), Ibbenbüren, Kevelaer, Lage, Lennestadt, Lüdinghausen, Mechernich, Ochtrup, Rheinberg, Rheine, Schwalmthal, Selm, Stadtlohn, Steinheim, Vreden, Waldbröl, Warendorf, Wipperfürth

Familienpolitische Ausgangslage

Diese Kommunen stehen vor der besonderen Herausforderung, ihre Familiengerechtigkeit zu erhalten, denn hier leben besonders viele Familien. Diese haben wiederum besonders viele Kinder und Jugendliche (im NRW-Vergleich).

Im Blick sind immer auch die zunehmend vielfältigen Formen von Familien und die ansteigende Erwerbstätigkeit, auch bei Frauen.⁷²

⁷¹ Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. o. J. f.

⁷² Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 54 ff.

Besondere Potenziale⁷³:

- Überdurchschnittliche Familienprägung mit überdurchschnittlich vielen Kindern und Jugendlichen; leichte Familienzuwanderung
- Deutlich steigender „Beschäftigungsgrad am Wohnort“ und zunehmende „Frauenerwerbsbeteiligung und Hochqualifizierte am Wohnort“
- Geringster Anteil von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss

Handlungsfelder mit Priorität⁷⁴:

- „Demographische Schrumpfung und Überalterung“ mit leicht steigender Tendenz
- Hohe Bildungsabwanderung

Handlungsempfehlungen für Kommunen des Typs 5:

- Die Lebensqualität von Familien als Chefsache des Bürgermeisters verankern und die familienorientierten Koordinationsaufgaben in einem Servicebüro bündeln. Das bringt fachämterübergreifend mehr Verbindlichkeit, so kann die Zusammenarbeit der Fachämter mit dem Familienbüro verbessert werden und die Mitarbeiter des Servicebüros können ihren Aufgaben besser nachkommen.
- Kommunikation und Austausch zwischen den Generationen stärken und damit die aufgrund der noch ausgeglichenen Bevölkerungsstruktur ausgeprägten Solidarpotenziale wecken. Dazu unkomplizierte und niedrigschwellige Formate, wie den telefonischen Besuchsdienst, sowie Plattformen für Gespräche und Treffen ganz unterschiedlicher Art und Vermittlung familienbezogener haushaltsnaher Dienstleistungen bieten.
- Bei ehrenamtlichen Tätigkeiten auf langfristige Kontakte setzen und diese unterstützen. So kann Vertrauen aufgebaut werden, was eine höhere Lebensqualität für alle Beteiligten bedeutet. Durch konsequente Begleitung (Koordination, Evaluation, Reflexion, Qualifikation ...) der Ehrenamtlichen die Qualität der Arbeit sicherstellen.

Gute Praxis aus Lennestadt

Lennestadt gehört zu den Kommunen im Cluster 5: **Schrumpfende alternde Kommunen mit starker Familienprägung**. Die Herausforderung dieser schrumpfenden Kommunen mit (noch) starker Familienprägung lautet: „Familienfreundlichkeit erhalten: vielfältige Familienformen fördern“. Im Fokus steht hier, die Lebensqualität von Familien zu erhalten.⁷⁵

⁷³ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 54 ff.

⁷⁴ Vgl. ebd.

⁷⁵ Vgl. ebd.

In Lennestadt gibt es gut ausgebaute Netzwerkstrukturen in der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit, Bereitschaft der Bürger zu sozialem Engagement und das Lennestädter „Bündnis für Familie“. Damit besteht eine gute Basis, um die Familienfreundlichkeit in Lennestadt weiter zu erhalten und auszubauen. Auch, dass Familienpolitik als „Chefsache“ des Bürgermeisters verstanden wird, bringt das Thema in der Kommune voran.⁷⁶

Damit die familienfreundlichen und familienunterstützenden Strukturen in Lennestadt gezielt ausgebaut werden können, richtete die Stadt in Kooperation mit dem „Bündnis für Familie Lennestadt“ 2010 das „HANAH-Servicebüro für Familien und Senioren“ ein. Es bietet niedrigschwellige und unabhängige Informationen über haushaltsnahe Dienstleistungen in Lennestadt und richtet sich dabei an Familien mit Kindern, an Senioren, pflegende Angehörige und allein lebende Menschen. Denn: „Familie ist dort, wo Menschen in Gemeinschaft leben und Verantwortung füreinander tragen.“⁷⁷ So sieht man das in Lennestadt. Die Kontaktstelle steht Familien bei allen Fragen zur Verfügung, vermittelt Erstkontakte und begleitet gegebenenfalls die darauf folgenden Schritte. Aufgaben sind: Vernetzung von familien- und seniorenfreundlichen Angeboten in Lennestadt und Beratung zu und Vermittlung von haushaltsnahen und familienunterstützenden Dienstleistungen. Hier werden die Ehrenamtsbörse „EiL – Ehrenamt in Lennestadt“ und „AGIL – Aktion für Generationen, Integration und Lebensqualität“ und weitere Kommunikationsplattformen, wie das wöchentliche Seniorenfrühstück u. Ä., koordiniert.⁷⁸

Die Aktivitäten von ehrenamtlich engagierten Lennestädtern werden unterstützt und koordiniert, um den Gemeinsinn und die Solidarität in der Kommune zu stärken. Das geschieht unter besonderer Berücksichtigung der Potenziale der älteren Generation. Dafür werden Ehrenamtliche mit öffentlichen Trägern, Einrichtungen und Vereinen zusammengebracht. Tätigkeiten sind beispielsweise Freizeitgestaltung für und mit Senioren, Hausaufgabenbetreuung, kleine handwerkliche Tätigkeiten in Grundschulen u. v. m. Das Besondere daran: Hier finden Menschen auch Unterstützung, um ihre eigenen Ideen in die Tat umzusetzen.⁷⁹

76 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Lennestadt 2014a: 15.

77 Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Lennestadt 2014b: 6.

78 Vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen o. J.

79 Vgl. Stadt Lennestadt o. J. a.

Im Rahmen des Audits „Familiengerechte Kommune“ wurde beschlossen, regelmäßige Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche anzubieten.⁸⁰

Das breit gefächerte Angebot für Senioren in Lennestadt erreicht überwiegend Menschen, die noch Verbindungen nach außen pflegen. Nicht aber diejenigen, die ihre Außenkontakte aus unterschiedlichsten Gründen nicht pflegen können. Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die sich in einem überschaubaren Rahmen ehrenamtlich engagieren möchten. Diese Menschen bringt die Ehrenamtsbörse „EIL“ per telefonischen Besuchsdienst zusammen.⁸¹ Ziel ist es, dem Trend der Vereinsamung insbesondere älterer Menschen in Lennestadt entgegenzuwirken.⁸² Das geschieht, indem Senioren und anderen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, regelmäßige Kontakte über das Telefon ermöglicht werden. Die Gespräche erfolgen nach festen Regeln und anonym, die Rufnummer der Anrufenden wird unterdrückt und sie sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.⁸³ Dabei können sich die Angerufenen z. B. die eine oder andere Sorge von der Seele reden, ohne vorher beispielsweise die Wohnung herrichten zu müssen oder Ähnliches. Persönliche Treffen sind nicht vorgesehen, nach individueller Verabredung aber auch nicht ausgeschlossen.⁸⁴

Voraussetzung ist, dass die Angerufenen diesen Dienst selbst in Anspruch nehmen wollen und nicht durch jemanden empfohlen worden sind. Die Anrufer müssen kommunikativ sein und gut zuhören können; hierfür nehmen sie an einer Grundausbildung teil. Bei dieser lernen sie beispielsweise, wie der erste Anruf gestaltet werden sollte, oder Hilfreiches über Aussprache und Atemtechnik.⁸⁵ Auch auf Situationen in Gesprächen, die Hilfestellungen verlangen, etwa die Einbeziehung von Ärzten etc., werden die Anrufenden vorbereitet.⁸⁶ Die ehrenamtlichen Anrufer treffen sich drei bis vier Mal im Jahr zum Austausch.⁸⁷ Das Besondere am diesem Projekt ist, dass auch bei Umzug in eine (Senioren-) Einrichtung oder Aufenthalt im Krankenhaus o. Ä. der Kontakt erhalten bleiben soll.⁸⁸

80 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Lennestadt 2014b: 18.

81 Vgl. Sapp 2013.

82 Vgl. Stadt Lennestadt o. J. b.

83 Vgl. Eberts 2015.

84 Vgl. Sapp 2013.

85 Vgl. Stadt Lennestadt o. J. b.

86 Vgl. Eberts 2015.

87 Vgl. Stadt Lennestadt o. J. b.

88 Vgl. Eberts 2015.

In Lennestadt setzt man auf offensive Kommunikation zwischen der Kommune und ihren Familien. Auch der Austausch zwischen den Generationen wird gefördert. Mit den Aktivitäten des Servicebüros für Familien und Senioren wird die Lebensqualität für Familien in Lennestadt erhalten und ausgebaut.

Das trägt zum Erfolg in Lennestadt bei:

- Ratsbeschluss „Familienfreundlichkeit“ als Kernaufgabe von Rat und Verwaltung (2006)⁸⁹
- Gründung „Bündnis für Familie“ (2008)
- Teilnahme am Audit „Familiengerechte Kommune“ (Zertifikat 2015)⁹⁰

3.6 Generationen verbinden: das Miteinander fördern (Cluster 6)

Bad Honnef, Bergisch Gladbach, Bornheim, Erftstadt, Erkrath, Haan, Haltern am See, Hattingen, Herdecke, Herzogenrath, Hilden, Kaarst, Kempen, Königswinter, Korschenbroich, Langenfeld (Rheinland), Leichlingen (Rheinland), Lohmar, Meerbusch, Mettmann, Monschau, Mülheim an der Ruhr, Neukirchen-Vluyn, Niederkassel, Pulheim, Ratingen, Rheinbach, Sankt Augustin, Schwerte, Sprockhövel, Tönisvorst, Waltrop, Wegberg, Werne, Wetter (Ruhr), Willich, Witten, Xanten

Familienpolitische Ausgangslage

Diese Städte stehen vor der besonderen Herausforderung, Generationen zu verbinden, denn in diesen Städten leben die meisten 60- bis 79-Jährigen. Die Bevölkerung wird insgesamt immer älter, weil immer mehr junge Altersgruppen abwandern. Dass auch Familien mit Kindern zuziehen, verlangsamt den Prozess der Alterung dabei leicht. Hier geht es vor allem darum, die Solidarpotenziale der älteren Generation zu aktivieren und mit Jüngeren zusammenzubringen.⁹¹

89 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Lennestadt 2014b: 5.

90 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. o. J. g.

91 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 57 ff.

Besondere Potenziale⁹²:

- Überdurchschnittlicher „Beschäftigungsgrad am Wohnort“
- Hohe und zunehmende „Frauenerwerbsbeteiligung und Hochqualifizierte am Wohnort“
- Leicht überdurchschnittliche Zuzüge von Familien

Handlungsfelder mit Priorität⁹³:

- Deutliche Prägung durch demographische Schrumpfung und Überalterung mit leicht abnehmender Tendenz
- Höchste Anteile der 60- bis 79-Jährigen
- Ausgeprägte Bildungsabwanderung

Handlungsempfehlungen für die Kommunen des Typs 6:

- Potenziale der älteren Generationen wecken, unterstützen und begleiten. Häufig gibt es bereits in der Bevölkerung gute Ideen für die Lösung von ganz unterschiedlichen Problemen, wie der Situation von Flüchtlingen in kleineren Städten. Diese sollten systematisch erfasst und Aktivitäten der engagierten Bürger/Senioren durch die Verwaltung unterstützt werden.
- Spezifische Potenziale der unterschiedlichen Generationen nutzen, indem diese themenbezogen zusammengebracht werden. Wer kann wem was beibringen? Jugendliche kann man beispielsweise motivieren, indem ihr ehrenamtliches Engagement in schriftlicher Form bezeugt wird (z. B. Eintrag ins Schulzeugnis, Arbeitszeugnis, Zertifikat).
- Verbindliches Leitbild zum Thema Seniorenpolitik formulieren oder die besonderen Bedarfe und Bedürfnisse der Senioren in einem familienpolitischen Leitbild berücksichtigen, um eine verbindliche Argumentationsgrundlage für generationenverbindende Aktivitäten zu schaffen. Dabei sollte es einen oder mehrere kommunale Hauptverantwortliche für die Umsetzung der gemeinsam formulierten Ziele geben.

Gute Praxis aus Waltrop

Waltrop gehört zu den Kommunen im Cluster 6: **Alternde Gemeinden mit wenigen Familien**. Die Herausforderung in diesen Kommunen mit besonders vielen Älteren und wenigen Familien mit Kindern lautet: „Generationen verbinden: das Miteinander fördern.“⁹⁴ Im Fokus stehen hier die Solidarpotenziale der älteren Generation.

In Waltrop ist man sich dessen bewusst, dass der demographische Wandel nur durch das gemeinsame Wirken von Jung und Alt gestaltet werden kann. Zusätzlich bieten sich beispielsweise mit Renteneintritt neue Chancen für die individuelle Lebensge-

⁹² Bertelsmann Stiftung 2015a: 57 ff.

⁹³ Vgl. ebd.

⁹⁴ Vgl. ebd.

staltung. Dazu wird der wechselseitige Einsatz der jeweiligen Stärken von jüngeren und älteren Waltröpern gefördert.⁹⁵

Rund 7.500 von den knapp 30.000 Waltröper Bürgern sind über 60 Jahre.⁹⁶ Deren Interessen werden vom 2005 gegründeten Seniorenbeirat der Stadt Waltröper vertreten.⁹⁷ Dieser setzt die Ziele des seniorenpolitischen Leitbildes der Stadt Waltröper federführend um.⁹⁸ Dabei wird besonders das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen unterstützt, denn das „... stellt im Alter eine große Chance und Möglichkeit dar, um Einfluss zu nehmen, gesellschaftliche Entwicklungen mit zu prägen, neue Menschen kennenzulernen, vorhandene Kompetenzen weiterzugeben oder neue zu erwerben“. ⁹⁹ Über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements in Waltröper informiert die Koordinationsstelle zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ab 50+. Das tut sie kostenlos und unverbindlich.¹⁰⁰

Für das generationenverbindende Engagement der Senioren in Waltröper gibt es viele Beispiele. Um zuziehenden Familien und alleinstehenden Personen das Einleben in der Stadt zu erleichtern, engagieren sich seit 2013 vornehmlich Senioren als sogenannte „Neubürger-Coaches“. Damit bieten sie als Waltröper-Kenner Menschen aller Generationen ihre Kenntnisse und Unterstützung an. Das Modell wurde gemeinsam mit interessierten Waltröpern ausgearbeitet und es fanden sich schnell zahlreiche engagierte Waltröper Senioren, die Neubürger in Zukunft in verschiedenen Bereichen mit Rat und Tat ein Stück begleiten wollen. Diese können sich unkompliziert und unbürokratisch direkt mit ihrem „Wunsch-Coach“ in Verbindung setzen. Dafür stellen sich alle ehrenamtlichen Neubürger-Coaches auf der Internetseite der Stadt Waltröper mit ihren thematischen Schwerpunkten und persönlichen Kontaktdaten vor.¹⁰¹

95 Vgl. Stadt Waltröper 2007: 4 f.

96 Vgl. Stadt Waltröper o. J. a; Familiengerechte Kommune e. V. o. J. c.

97 Vgl. Stadt Waltröper o. J. a.

98 Vgl. Stadt Waltröper 2007: 6.

99 Ebd.: 9.

100 Vgl. Stadt Waltröper o. J. b.

101 Vgl. Stadt Waltröper o. J. c.

Auch kulturübergreifend werden in Waltrop Generationen verbunden. Eine kleine Stadt wie Waltrop verfügt über keine Beratungsstelle für Flüchtlinge, die sie zum Beispiel bei den großen bürokratischen Hürden eines Arztbesuches unterstützt und die für auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesene Menschen gut zu erreichen wäre. Um Flüchtlingen in ihrer meist schwierigen persönlichen Lage zu helfen, engagieren sich deshalb viele ältere Waltroper Bürger. Dabei geht es vor allem um Spracherwerb und Orientierung in der unbekannten neuen Heimat sowie um Unterstützung bei alltäglichen Erledigungen. Etwa zehn Sprachpaten bieten Deutschkurse für Flüchtlinge in Kooperation mit dem Pfarrheim und der Volkshochschule (Raumbereitstellung) und dem Caritasverband (finanzielle Unterstützung für bspw. Unterrichtsmaterialien). Die Zahl der Teilnehmer wuchs schnell an, unter den Flüchtlingen hatte sich das Angebot herumgesprochen. Mehrere Helfer begleiten Flüchtlinge nun auch bei Behördengängen oder Arztbesuchen und wurden so zu echten Bezugspersonen, zum Ersatz für die offiziellen Anlaufstellen vor Ort. Die engagierten Senioren berichten von einer Bereicherung für das eigene Leben.¹⁰²

Die besonderen Fähigkeiten, mit denen Jugendliche Senioren unterstützen können, wird in dem Computerkurs „Jung und Alt am PC“ besonders deutlich. In einem vierwöchigen Kurs in der Waltroper Realschule tauschten sich Schüler und interessierte Senioren einmal in der Woche über die Nutzung von Computern aus. Beide Teilnehmergruppen sind regelmäßig begeistert über die gemeinsame Arbeit. Sowohl das „Fachsimpeln“ als auch der Umgang untereinander sorgt immer wieder für gute Erfahrungen über das Miteinander von zwei so unterschiedlichen Generationen – beiderseits. Mit dem ebenerdigen Computerraum in der Realschule ist gewährleistet, dass auch weniger mobile Senioren den Kurs wahrnehmen können. Das ehrenamtliche Engagement der Schüler wird im Schulzeugnis vermerkt. Die Realschule stellt während der Kurszeiten auch Getränke (Kaffee und Wasserflaschen) für die Teilnehmer zur Verfügung. In einem bereitstehenden Sparschwein können die Teilnehmer etwas für den Förderverein der Schule spenden. Jeder Kurs wird abschließend mit einem Gruppenfoto dokumentiert und dieses in der örtlichen Presse und in der Seniorenzeitschrift veröffentlicht.¹⁰³

102 Vgl. Gaida-Greger 2014: 8 ff.

103 Vgl. Wulf 2015: 12.

Der Seniorenbeirat arbeitet regelmäßig mit Kindern und Jugendlichen an ganz unterschiedlichen Projekten zusammen. Dazu gehört zum Beispiel der „Generationengarten“, eine Kooperation des Seniorenbeirates mit dem Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa). Hier bewirtschaften Kinder und Senioren gemeinsam eine Gartenparzelle des Kleingartenvereins. Oder die Erstellung des Stadtflyers „Waltrop – generationenfreundlich, barrierefrei“: Hier werden in Kooperation mit Schülern der Gesamtschule Waltrop maßstabsgerecht im Waltroper Innenstadtplan Behindertenparkplätze, abgesenkte Bordsteinkanten, Behindertentoiletten, offene Örtchen etc. aufgeführt.¹⁰⁴ Gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendparlament, Mitarbeitern der Verwaltung und anderen engagierten Waltropern veranstaltete der Seniorenrat die „Bücherwurm-Party“. Diese hatte den Zweck, die Übergangsbücherei in der Gesamtschule bekannter zu machen. Diese Übergangslösung hatte der Seniorenbeirat federführend anlässlich der vierjährigen Schließung der Stadtbücherei wegen Neubaus erwirkt.¹⁰⁵ Bei solchen Projekten bringt jeder Akteur seine besonderen Fähigkeiten ein, so können die Generationen voneinander lernen.

Um Generationen zu verbinden, setzt man in Waltrop insbesondere auf das Engagement der älteren Bürger (und der Schüler). Mit dem Leitbild zur Waltroper Seniorenpolitik besitzt der Seniorenbeirat eine verbindliche Argumentationsgrundlage bei seinen Aktivitäten.

Das trägt in Waltrop zum Erfolg bei:

- Einrichtung des Seniorenbeirates (2005)
- Leitbild Seniorenpolitik in Waltrop (2007)¹⁰⁶
- Teilnahme am Audit „Familiengerechte Kommune“ (Zertifikat 2013)¹⁰⁷

104 Vgl. Dietrich 2011: 7.

105 Vgl. Holtkamp 2015: 7.

106 Vgl. Stadt Waltrop 2007: 11.

107 Vgl. Familiengerechte Kommune e.V. o.J.c.

3.7 Attraktivität erhalten: lebenswerter Lebensort für Familien bleiben (Cluster 7)

Alfter, Alpen, Altenbeken, Bad Lippspringe, Bad Münstereifel, Bad Sassendorf, Bedburg-Hau, Blankenheim, Breckerfeld, Brüggen, Drensteinfurt, Elsdorf, Fröndenberg/Ruhr, Grefrath, Havixbeck, Hünxe, Hürtgenwald, Issum, Jüchen, Kalkar, Kall, Kerken, Kreuzau, Kürten, Langerwehe, Lindlar, Linnich, Lippetal, Meckenheim, Merzenich, Möhnesee, Much, Nettersheim, Neunkirchen-Seelscheid, Nideggen, Niederkrüchten, Nordkirchen, Nörvenich, Nottuln, Odenthal, Olfen, Overath, Rees, Rheurdt, Roetgen, Rommerskirchen, Rösrath, Ruppichterorth, Schermbeck, Senden, Simmerath, Sonsbeck, Swisttal, Tecklenburg, Titz, Uedem, Vettweiß, Wachtberg, Wachtendonk, Waldfeucht, Wassenberg, Weilerswist, Welter, Windeck, Zülpich

Familienpolitische Ausgangslage

Diese Gemeinden stehen vor der besonderen Herausforderung, ihre Attraktivität als Lebensort für Familien zu erhalten und den Zuzug von Familien zu gestalten. Sie liegen meist im Umland von größeren Städten. Deshalb arbeiten die Hochqualifizierten meist nicht in den Gemeinden selbst und Jugendliche und junge Erwachsene wandern konsequent ab, um sich weiterzubilden.¹⁰⁸

Diese Kommunen stehen also in vielfacher Hinsicht in Konkurrenz mit den größeren Nachbarkommunen.

¹⁰⁸ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 60 ff.

Besondere Potenziale¹⁰⁹:

- Überdurchschnittliche Familienzuwanderung
- „Beschäftigungsgrad am Wohnort“ und „Frauenerwerbstätigkeit und Hochqualifizierte am Wohnort“ nehmen zu
- Geringste Ausprägung bezogen auf „Urbanität und soziale Problemlagen“

Handlungsfelder mit Priorität¹¹⁰:

- Leichte Schrumpfungstendenz aufgrund einer ausgesprochen hohen Bildungsabwanderung
- Geringe Bedeutung als Arbeitsort und für Hochqualifizierte

Handlungsempfehlungen für die Kommunen des Typs 7:

- Alleinstellungsmerkmale erarbeiten, dazu z. B. übergeordnete politische Ziele auf die kommunale Ebene herunterbrechen und/oder Themen in der eigenen Gemeinde identifizieren, die (ggf. historisch gesehen) Akzeptanz und Unterstützung in der breiten Bevölkerung und bei anderen Akteuren (lokale Unternehmer) haben. Daraus individuelle Pilotprojekte entwickeln und deren Übertragbarkeit durch wissenschaftliche Begleitung sichern und gezielt in die Breite tragen.
- Bedarfsgerechtes ÖPNV-Angebot einführen, um beispielsweise Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Wege zu ihren Ausbildungsstätten und Freizeitorten zu erleichtern. So können diese ggf. gehalten werden. Dazu ist interkommunale Zusammenarbeit mit angrenzenden Kommunen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wichtig.
- Mit innovativen Bildungseinrichtungen oder Geschäftsmodellen Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze schaffen, um Hochqualifizierte anzuziehen und Jugendliche bzw. junge Erwachsene an sich zu binden.

Gute Praxis aus Nordkirchen

Nordkirchen gehört zu den Kommunen im Cluster 7: **Kleine Gemeinden, Familienzuzwanderung bei gleichzeitig hoher Bildungsabwanderung**. Die Herausforderung dieser Gemeinden mit Familienzuzwanderung und hoher Bildungsabwanderung lautet: „Magnetwirkung entfalten: Attraktivität als Lebensort für Familien erhalten.“ Im Fokus stehen hier, den guten Status als Lebensort für Familien halten und langfristig auch als Arbeitsort oder Bildungsort attraktiver werden.¹¹¹

¹⁰⁹ Vgl. ebd.

¹¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹¹ Vgl. ebd.

Die Akzeptanz von Menschen mit Behinderungen ist in Nordkirchen innerhalb der Bevölkerung sehr hoch, denn Inklusion ist ein Thema, das in Nordkirchen schon lange zum Lebensalltag der Bewohner dazugehört. Die zentrale Lage einer Kinderheilstätte, einer Einrichtung für Behindertenhilfe mit dem Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche mit Entwicklungsbesonderheiten und Behinderungen trägt sicherlich maßgeblich dazu bei. Außerdem ist diese Einrichtung seit jeher stark vernetzt mit verschiedenen lokalen und regionalen Interessengemeinschaften, wie Sportvereinen und Kirche.¹¹² Bereits vor über 25 Jahren wurde der erste integrative Kindergarten in Nordkirchen gegründet und seit 2000 kooperieren die Schulen in Nordkirchen rund um den inklusiven Unterricht.¹¹³ Für Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist Inklusion spätestens seit dem Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ ein wichtiges Thema. Jedoch beschränken sich die derzeitigen politischen Ziele zumeist auf den Schulsektor.¹¹⁴

In Nordkirchen hat man sich nun die Fragen gestellt: Wie kann Inklusion über den schulischen Raum hinaus gelebt werden? Und: Was ist unter einem inklusiven Gemeinwesen zu verstehen und wie kann dieses gestaltet werden? Um Teilhabe in allen Lebensbereichen und damit konsequente Chancengleichheit und Selbstbestimmung für Menschen mit und ohne Behinderung zu gewährleisten, machte sich die Kommune auf und seitdem ist „Nordkirchen – auf dem Weg zur inklusiven Gemeinde“¹¹⁵. Und wird damit zunehmend interessant als Lebensort für Familien mit Kindern oder anderen Angehörigen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen. In diesem Zusammenhang sollen Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Nordkirchen gewinnt damit als Arbeits- und Bildungsort an Bedeutung.

Im Rahmen der „Regionale 2016“ entwickelt die Gemeinde Nordkirchen gemeinsam mit der Kinderheilstätte Nordkirchen und dem Caritasverband unter Einbeziehung von Akteuren aus der gesamten Region für den Kreis Coesfeld eine ganzheitliche Inklusionsstrategie auf Gemeindeebene.¹¹⁶ Dafür wurden drei grundlegende

112 Vgl. Bergmann et al. o.J.: 13.

113 Vgl. o. V. 2013.

114 Vgl. Bergmann et al. o.J.: 11.

115 Vgl. Regionale 2016 Agentur GmbH o.J. a.

116 Vgl. ebd.

Handlungsfelder identifiziert: „Kita und Schulen“, „Übergang Schule/Beruf und berufliche Perspektiven“ und „Wohnen und Leben“. Für jedes dieser Handlungsfelder wurde ein Leitprojekt entwickelt,¹¹⁷ zugeschnitten auf die Gemeinde Nordkirchen:

- Ausbau der Kooperation zwischen einer Grund- und einer Förderschule im Sinne einer inklusiven Bildung durch Kooperationsklassen (gemeinsam fördern und besonders fördern)
- Wohnmodell für ein selbstbestimmtes Wohnen von Menschen mit und ohne Einschränkungen aus allen Generationen („Nordkirchener Modell“)
- Betrieb einer Großküche zur Versorgung von Senioren, Schulen, Kindergärten, Caritaswerkstatt und Kinderheilstätte (Integrationsbetrieb mit einem Anteil von bis zu 49 %)¹¹⁸

Mit einem Netzwerk von Inklusionslotsen werden Ansprechpartner für alle Akteure (von Eltern bis Unternehmen) geschaffen.¹¹⁹ Ein hauptamtlicher Mitarbeiter soll das Netzwerk koordinieren¹²⁰ und auch Ansprechpartner sein für die Übertragung von Projektergebnissen auf andere Kommunen.¹²¹ Eine intensive wissenschaftliche Begleitung stellt zudem sicher, dass bereits vorhandene Kenntnisse aus verwandten Vorhaben und Forschungen in die Strategie einfließen und eine Übertragbarkeit auf andere Kommunen gewährleistet werden kann. In diesem Rahmen soll auch eine Arbeitshilfe (Handbuch, Leitfaden) für andere Kommunen erstellt werden. Eine Lenkungsgruppe, bestehend aus Vertretern der drei Träger, führte eine Auftaktveranstaltung durch und warb erfolgreich auf Bundes- und Landesebene für das Projekt. Sie gewann weitere Projektpartner und -unterstützer, darunter auch Eltern behinderter Kinder.¹²²

Ein weiteres Thema ist die Mobilität zwischen den Ortsteilen¹²³ und hinaus in die Region.¹²⁴ Um Menschen ohne Auto, insbesondere Jugendliche und Senioren, die

117 Vgl. Bergmann et al. o.J.: 19.

118 Vgl. Regionale 2016 Agentur GmbH o.J. a.

119 Vgl. Bergmann et al. o.J.: 19.

120 Vgl. ebd.: 28.

121 Vgl. o. V. 2013.

122 Vgl. Bergmann et al. o.J.: 28.

123 Vgl. Gemeinde Nordkirchen 2013.

124 Vgl. Bergmann et al. o.J.: 8.

Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen, soll das Nahverkehrsangebot im Münsterland attraktiver gestaltet werden. Die Siedlungsstruktur mit vielen weit auseinanderliegenden Bauernschaften und Einzelhoflagen ist dabei eine besondere Herausforderung, bei der auch die sogenannte „letzte Meile“ Berücksichtigung finden muss. Damit sind die Wege von der Wohnung, vom Arbeitsplatz oder von der Arztpraxis zur Bushaltestelle und andersherum gemeint. Vor diesem Hintergrund entstand das Projekt „Bewegtes Land – Mobilität in die Fläche bringen“. Gemeinsam mit den Städten Haltern am See, Olfen und Selm sowie dem Kreis Coesfeld und Regionalverkehr Münsterland arbeitet die Gemeinde Nordkirchen daran, den öffentlichen Nahverkehr in der Region zu stärken. Dabei setzt man auf bedarfsgerechte Angebote: Der Nahverkehr soll sich zukünftig an den tatsächlichen Bedürfnissen der Nutzer orientieren und nicht mehr an starren Linienführungen und Haltestellensystemen. Projektbausteine dabei sind die Schülerbeförderung und Bürgerbuslinien, die Verbindung mit dem Ruhrgebiet, die Verbesserung der Radverkehrsnetze und die Aufwertung von ÖPNV-Verkehrsschnittstellen, wie z. B. Bahnhöfen.¹²⁵

Mit der Entwicklung und Umsetzung der Inklusionsstrategie auf Gemeindeebene und dem bedarfsgerechten Mobilitätsangebot bleibt Nordkirchen attraktiv für Familien und baut seine Bedeutung als Arbeits- und Bildungsort aus.

Das trägt in Nordkirchen zum Erfolg bei:

- Ratsbeschluss zum strategischen Ziel „Familiengerechtigkeit“ (2010)¹²⁶
- Verabschiedung „Familienpolitisches Konzept“ (2011) in Zusammenarbeit mit der Faktor Familie GmbH¹²⁷
- Teilnahme am Audit „Familiengerechte Kommune“ (Zertifikat 2013)¹²⁸

125 Vgl. Regionale 2016 Agentur GmbH o.J.b.

126 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Gemeinde Nordkirchen 2013: 2.

127 Vgl. ebd.

128 Vgl. ebd.: 2 und 8.

3.8 Brücken bauen: grenzübergreifende Familienpolitik gestalten (Cluster 8)

Gangelt, Schöppingen, Selfkant, Kranenburg, Weeze

Familienpolitische Ausgangslage

Die besondere Herausforderung dieser Kommunen liegt darin, ihren Familien die grenzüberschreitende Arbeits- und Lebenssituation zu erleichtern, denn diese Gemeinden liegen an oder in der Nähe der (niederländischen) Staatsgrenze. Durch den Zuzug von meist niederländischen Familien mit Kindern bleibt die Bevölkerung in den Gemeinden dieses Clusters jung und wächst zudem noch. Für die Familienpolitik in diesen Kommunen sind also insbesondere räumliche Nähe eines anderen Landes und die damit verbundene grenzüberschreitende Lebenswirklichkeit der Bevölkerung sowie die Beziehungen zum Nachbarland von Bedeutung.¹²⁹

Besondere Potenziale¹³⁰:

- „Wachsend und jung“
- Steigende Frauenerwerbsbeteiligung und Hochqualifizierte am Wohnort

Handlungsfelder mit Priorität¹³¹:

- Grenzregion
- Sehr hoher Anteil ausländischer Bevölkerung insbesondere niederländische Familien

129 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 63 ff.

130 Vgl. ebd.

131 Vgl. ebd.

Handlungsempfehlungen für die Kommunen des Typs 8 und andere Kommunen in nationaler Grenzlage:

- Potenziale auf der anderen Seite der Staatsgrenze suchen und aktivieren, um die familienpolitischen Herausforderungen und Probleme der eigenen Bevölkerung zu lösen. Denn Kommunen, die sich an nationalen Grenzen gegenüberliegen haben oft ganz unterschiedliche, manchmal gegensätzliche Herausforderungen. Zum Beispiel im Bereich des Wohnungsmarktes oder bei der Arbeitsplatzsituation.
- Vorzugsweise den kleinen Dienstweg wählen. Durch schnelle unbürokratische Maßnahmen zur Unterstützung der Grenzgänger entsteht ein direkter spürbarer Nutzen in deren Lebensalltag.
- Dabei verschiedene administrative und politische Ebenen einbeziehen sowie das Regionenverständnis stärken, damit weniger Konkurrenz zwischen den Kommunen und Gemeinden herrscht. So sind Lösungen insbesondere für grenzüberschreitende Probleme der Familien in den Grenzregionen konstruktiver und schneller zu erarbeiten, auch wird die Verstetigung der Erkenntnisse erleichtert.
- Gemeinsame Büros von Mitarbeitern der angrenzenden Staaten und deutschen Mitarbeitern. So kann eine effiziente Kommunikation gewährleistet und das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt werden. Dabei sollten die Mitarbeiter möglichst gleiche Aufgabenbeschreibungen und jeweils im eigenen Land vergleichbare Befugnisse haben. So kann auf Augenhöhe kommuniziert werden.

Gute Praxis aus Aachen, Herzogenrath, Monschau und Bocholt

Bei Kommunen im Cluster 8: **Kleine, wachsende, junge Gemeinden mit Prägung durch niederländische „Wohn-Wunsch-Migranten“** lautet die besondere Herausforderung: „Brücken bauen – grenzübergreifende Familienpolitik gestalten“. Der Fokus liegt hier auf der grenzüberschreitenden Arbeits- und Lebenssituation der ansässigen Familien.¹³²

In diesem Cluster gibt es keine Kommune aus dem Netzwerk des Vereins „Familien-gerechte Kommune“. Es gibt aber viele NRW-Kommunen in nationaler Grenzlage, die bereits Antworten auf grenzübergreifende familienpolitische Fragen gefunden haben. Im Folgenden eine kleine Zusammenstellung der meist unbürokratischen Lösungen aus den Kommunen Aachen (Audit-Kommune), Herzogenrath, Monschau und Bocholt.

¹³² Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 63 ff.

Aachen

Mit der grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaft „Charlemagne Grenzregion“ ist 2011 im Dreiländereck Deutschland, Niederlande und Belgien ein Zusammenschluss der dort unmittelbar grenzanliegenden Kommunen entstanden. Hierzu zählen die Parkstad Limburg mit der Zentrumsgemeinde Heerlen, die Gemeinde Vaals, die Kommunen der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, die StädteRegion Aachen und die Stadt Aachen. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verbesserung der Planungen in der Region hat die Arbeitsgemeinschaft „Charlemagne Grenzregion“ das Ziel, das grenzüberschreitende Leben und Arbeiten zu erleichtern. Sie sucht mit vielen Partnern nach grenzüberschreitenden pragmatischen Lösungen.¹³³ Die Geschäftsführung ist mit einem deutschen und einem niederländischen Mitarbeiter besetzt und hat ihren Sitz in Aachen. Vertreter aller Partner der Kooperation treffen sich alle vier Wochen.¹³⁴ Durch die Einrichtung eines politischen Beirates, der zweimal jährlich gemeinsam mit dem Vorstand tagt, werden die Politiker über den Fortschritt der grenzüberschreitenden Arbeit informiert.¹³⁵

In Universitätsstädten wie Aachen (Cluster 1) herrscht aufgrund der vielen Studenten eine große Nachfrage nach preiswertem Wohnraum. Aktuell ist der Druck aufgrund der G8-Absolventen der Gymnasien besonders hoch. Werden aber Dreizimmer-Wohnungen in Studenten-WGs umgewandelt, wo jeder um die 350 Euro für das Zimmer zahlt, steigen die Mietpreise, sodass sie für die meisten Familien nicht mehr bezahlbar sind. Gleichzeitig sinken auf niederländischer Seite die Mietpreise, da in den Gemeinden hier viele Wohnungen leer stehen. Die Parkstad Limburg mit ihrer Zentrumsgemeinde Heerlen kämpft, bedingt durch den demographischen Wandel, mit zunehmendem Leerstand. Deshalb empfiehlt die Stadt Aachen den zuziehenden Studenten jetzt, auch jenseits der Grenze nach Wohnraum zu suchen. Es ist dabei sichergestellt, dass die Ausbildungsförderung nach dem BAföG ihnen auch ins Ausland gezahlt wird. Mit Flyern über günstige Verkehrsverbindungen und Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten jenseits der Grenze wird dafür geworben. In der örtlichen Politik ist dieser Weg nicht unumstritten, weil die nicht in Aachen gemeldeten Stu-

133 Vgl. Stadt Aachen o.J.

134 Vgl. ebd.: 186.

135 Vgl. Arbeitsgemeinschaft Charlemagne 2014.

denen der Stadt weniger Geld durch die ausbleibenden Schlüsselzuweisungen vom Land bringen. Doch auf lange Sicht ist man sich sicher, bringt es der Stadt Aachen mehr, wenn der Wohnraum für Familien erschwinglich bleibt, sodass diese weiterhin in Aachen wohnen können. Auch Unternehmen könnten ansonsten fernbleiben, da nicht genug Arbeitskräfte vorhanden wären oder ihre Angestellten Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche hätten.¹³⁶

Mit dieser ganzheitlichen Sicht auf die Grenzregion schafft die AG „Charlemagne“ Win-win-Situationen. Dazu bedient sie sich meist des „kleinen Dienstwegs“, der sich in den letzten Jahren durch die engen Kontakte und zahlreichen Treffen in unterschiedlichen Arbeitsgruppen herausgebildet hat.¹³⁷

Herzogenrath

Historisch gesehen bildeten Kerkrade und Herzogenrath auf der verwaltungsmäßigen Landkarte schon lange eine Einheit, als Land von s'Hertogenrode. Mit dem Wiener Kongress im Jahre 1815 wurde jedoch die neue Grenze zwischen den Niederlanden und Deutschland quer durch das Land von s'Hertogenrode gezogen. Lange hatten aber die familiären Beziehungen und sozialen Kontakte sowie die gleiche Kultur weiterhin Bestand.¹³⁸ Deshalb beschlossen die Stadträte von Kerkrade und Herzogenrath im Jahr 1991 zukünftige Zusammenarbeit auf allen Gebieten. Dazu bildete man die grenzüberschreitende Arbeitsgemeinschaft „Eurode“.¹³⁹ Auch hier vernetzt man sich, um voneinander zu profitieren¹⁴⁰ und die Nachteile der Grenzlage in wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklungen auszugleichen. Um eine höhere politische Durchschlagskraft zu erlangen,¹⁴¹ wurde 1997 in einer gemeinsamen Ratssitzung beider Städte die Satzung für den grenzüberschreitenden gemeinsamen Zweckverband „Eurode“ beschlossen.¹⁴² Mit Inkrafttreten des Zweckverbandes EU-RODE (1998) bilden Herzogenrath und Kerkrade die wahrscheinlich erste öffent-

136 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015b: 183 f.

137 Vgl. ebd.: 183 ff.

138 Vgl. Stadtverwaltung Herzogenrath 2012a.

139 Vgl. Stadtverwaltung Herzogenrath 2012b.

140 Vgl. Zweckverband/Openbaar Lichaam Eurode o.J.a.

141 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015b: 26.

142 Vgl. Stadtverwaltung Herzogenrath 2012b.

lich-rechtliche Körperschaft von zwei Gemeinden aus zwei unterschiedlichen europäischen Staaten.¹⁴³ Die Verbandsversammlung besteht aus jeweils acht Mitgliedern der beiden Stadträte, deren Vorsitz die beiden Bürgermeister wechselseitig alle zwei Jahre wahrnehmen. Mit dem Status der „öffentlich-rechtlichen Körperschaft“ können sich Herzogenrath und Kerkrade nun – im Gegensatz zur früheren informellen Arbeitsgemeinschaft – gegenseitig verpflichten. Bürgerbindende Beschlüsse des Eurode-Rates müssen dabei aber immer noch von den beiden individuellen Stadträten bestätigt werden.¹⁴⁴

Aus den informellen und formellen Aktivitäten des Eurode-Zweckverbandes entstanden unterschiedlichste Lösungen, die das Leben der Familien an den Grenzen erleichtern und verbessern. Beispiele dafür sind die Nachbarschaftshilfe-Vereinbarung von 1996 zwischen Kerkrade und Herzogenrath in Bezug auf gegenseitige Hilfeleistungen bei Bränden, Unfällen und sonstigen Katastrophen und die Grenzgängerberatung.¹⁴⁵

Über 17.000 Grenzgänger zählt die Region um Herzogenrath und Aachen.¹⁴⁶ Um die Grenzlage für die Menschen erträglicher zu machen, richtete man die Grenzgängerberatung und den Grenzinfopunkt im Eurode-Business-Center in Herzogenrath/Kerkrade ein. Hier unterstützen Grenzlotsen Menschen mit grenzüberschreitenden Anliegen, wie Rentenbezügen, Anerkennung von ausländischen Arbeitszeugnissen und Ähnliches. Da werden individuelle Lösungen gesucht, zum Beispiel für Niederländer, die deutsche Steuerformulare ausfüllen müssen, oder Witwen, die ihre Witwenrente aufgrund unterschiedlicher nationaler Regelungen im Namensrecht nicht bekommen. In einem monatlichen Nachmittagstermin treffen Bürger so auf ein Dutzend Fachleute der Rentenversicherung, Krankenkassen, Finanzamt usw., die aus beiden Staaten anreisen. Häufig um die hundert Beratungstermine pro Nachmittag und mehr als 4.000 telefonische und persönliche Anfragen im Jahr werden in der Grenzgängerberatung bearbeitet. Dabei werden Lösungen immer vor Ort gesucht und davon abgeleitet, was verallgemeinert werden kann. Das Eurode-Business-Center wurde direkt auf der deutsch-niederländischen Grenze gebaut, um Firmen den

143 Vgl. Zweckverband/Openbaar Lichaam Eurode o. J.b; Bertelsmann Stiftung 2015b: 26.

144 Vgl. Zweckverband/Openbaar Lichaam Eurode o. J. b.

145 Vgl. Stadtverwaltung Herzogenrath 2012b.

146 Vgl. Stadtverwaltung Herzogenrath 2012c.

doppelten Firmensitz zu ermöglichen. Im dort angesiedelten Büro der Grenzgängerberatung sitzen sich ein Niederländer und ein Deutscher am Schreibtisch gegenüber. Das macht ihre Arbeit produktiver, als wenn jeder in seinem Büro in der jeweiligen Verwaltung sitzen würde.¹⁴⁷ Nachdem in 2012 eine weitere Grenzgängerberatung in Aachen eröffnet wurde, arbeiten diese beiden Stellen zusammen.¹⁴⁸

Die nationale Grenzlage von Städten und Gemeinden bringt in der Lebenswirklichkeit der dort lebenden Familien weitere ganz praktische Probleme mit sich: zum Beispiel bei Rettungseinsätzen. In Eurode sind beispielsweise einige Kerkrader Stadtteile schneller durch den in Herzogenrath stationierten Rettungswagen erreichbar als von einem niederländischen, der aus Heerlen kommen müsste. Hielte man sich hier an die nationalen Grenzen, müssten die dort wohnenden Familien im Notfall länger warten müssen. Im Rahmen eines Pilotprojektes im Rettungswesen wurden erstmals grenzüberschreitende Einsätze gefahren. Hierbei galt der Leitspruch: „Wer zuerst am Notfallort sein kann, der fährt.“ Die durchweg positiven Erfahrungen führten dazu, dass auch nach Ende des Pilotprojektes die grenzüberschreitenden Einsätze fortgeführt werden.¹⁴⁹

Bei den Feuerwehren beiderseitig gab es ein Problem mit den unterschiedlichen länderspezifischen Schlauchsystemen, die nicht kompatibel waren und so grenzüberschreitende Kooperationen erschwerten. Dank des Nachbarschaftshilfevertrags zwischen Herzogenrath und Kerkrade (heute: Feuerwehr Parkstad Limburg) kann nun die Feuerwehr mit der nächstgelegenen Einsatzzentrale löschen. Dafür wurde eine kompatible Schlauchkupplung für die unterschiedlichen Systeme entwickelt, mit der heute jedes Einsatzfahrzeug in Eurode bestückt ist. Darüber hinaus wurden weitergehende Vereinbarungen getroffen: Die Wehrleute sind nun grenzüberschreitend versichert, die unterschiedlichen Signalhörner sind durch entsprechende rechtliche Regelungen beiderseitig anerkannt, der Funkverkehr wurde erweitert und es finden gemeinsame Übungen der deutschen und niederländischen Feuerwehren statt. Für gemeinsame Einsätze wird auch die Sprachkompetenz der Feuerwehrangehörigen gefördert.¹⁵⁰

147 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015b: 19 ff.

148 Vgl. ebd.: 185.

149 Vgl. Zweckverband/Openbaar Lichaam Eurode o. J. c.

150 Vgl. ebd.

Monschau

Ende der 1990er Jahre hatte Monschau zu wenige Kindergartenplätze, um den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Drei- bis Sechsjährige zu erfüllen. Im Kindergarten der angrenzenden belgischen Gemeinde Bütgenbach besuchte derzeit nur noch ein Kind den Kindergarten, der deshalb kurz vor der Schließung stand. Die Gemeinden Monschau und Bütgenbach schlossen deshalb 1998 eine Vereinbarung über die reguläre Betreuung von deutschen Kindern aus Monschau im belgischen Kindergarten. Der Kreis Aachen erkannte diesen Vertrag als Grundlage für die Erfüllung des Rechtsanspruchs nach dem Sozialgesetzbuch an. Und der belgische Kindergarten musste nicht geschlossen werden.¹⁵¹

Bocholt

Bocholt liegt an der niederländischen Grenze. Hier verschmelzen die Ortschaften Dinxperloh (Stadt Aalten, Niederlande) und Suderwick (Stadt Bocholt, Deutschland). Die Staatsgrenze wird nur durch gelbe Kreuze auf der Straße symbolisiert. (Augenzwinkernd sprechen die dort wohnenden Menschen von sich als „Dinxperwickern“.) Auf der Grenze liegt auch ein Altenheim, auf deutscher Seite heißt es „Bültenhaus“, auf niederländischer Seite „Woonzorgcentrum Careaz Dr. Jenny“. Eigentlich sind es zwei Gebäude, die über der Straße, auf der die Staatsgrenze verläuft, durch einen Trakt verbunden sind. Das Bültenhaus auf deutscher Seite nimmt Senioren auf, die noch weitgehend für sich selbst sorgen können. Wird der Pflegebedarf höher, können diese Menschen in das niederländische Gebäude wechseln. In diesem Fall würde aber die Pflegeversicherung der deutschen Senioren nicht zahlen, denn es bedarf einer deutschen Adresse der Einrichtung. Damit die Menschen in diesen Fällen nicht ihren Heimatort und die Pflegeeinrichtung verlassen müssen, hat man mit Briefkästen auf deutscher Seite für die deutschen Senioren im niederländischen Gebäude für eine deutsche Meldeadresse gesorgt. Dafür gaben auch die Behörden in Bocholt ihren Segen. Das Europaprojekt „Grenzüberbrückendes Leben im Alter“ wurde u. a. von der Europäischen Union im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative InterReg IIIA finanziell unterstützt.¹⁵²

151 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015b: 174.

152 Vgl. ebd.: 45.

3.9 Familien im Mittelpunkt: Gemeindeentwicklung mit und für Familien (Cluster 9)

Aldenhoven, Altenberge, Ascheberg, Augustdorf, Bad Wünnenberg, Beelen, Bergneustadt, Bestwig, Bönen, Borcheln, Burbach, Burscheid, Drolshagen, Ense, Eslohe (Sauerland), Finnentrop, Gescher, Harsewinkel, Heek, Heiden, Herzebrock-Clarholz, Hopsten, Hörstel, Hövelhof, Isselburg, Kierspe, Kirchhundem, Laer, Langenberg, Legden, Leopoldshöhe, Lichtenau, Lotte, Marienheide, Metelen, Mettingen, Neuenkirchen, Neuenrade, Niederzier, Nümbrecht, Ostbevern, Raesfeld, Recke, Reichshof, Reken, Rhede, Rosendahl, Saerbeck, Salzkotten, Sassenberg, Schloß Holte-Stukenbrock, Sendenhorst, Straelen, Südlohn, Velen, Verl, Versmold, Wenden, Wetringen, Willebadessen

Familienpolitische Ausgangslage

In Gemeinden dieses Clusters leben besonders viele Familien, es wandern aber immer weniger Familien zu und Jugendliche und junge Erwachsene ziehen weg. Trotzdem ist die Bevölkerung derzeit noch ausgeglichen. Familien mit Kindern sind in diesem Cluster die prägende Bevölkerungsgruppe. Deshalb müssen Planungs- und Entscheidungsprozesse (Gestaltungsprozesse) in enger Zusammenarbeit mit den Familien vor Ort stattfinden. So können sich die Gemeinden nachhaltig entwickeln, jedoch sollten die Folgen durch den Rückgang der Familienzuzug (z. B. Schwankungen der Bedarfe durch Rückgang der Schülerzahlen) berücksichtigt werden. Vor dem Hintergrund der überdurchschnittlich vielen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss stehen die Kommunen auch vor der Herausforderung, positive Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen im Bereich Bildung und Ausbildung zu sichern.¹⁵³

¹⁵³ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 66 ff.

Besondere Potenziale¹⁵⁴:

• Hohe Familienprägung	• Erste Anzeichen der „Demographischen Schrumpfung und Überalterung“
• Deutlich zurückgegangene Familienzuzuwanderung	• Bildungsabwanderung
• Abnehmende „Urbanität und soziale Problemlagen“, deutlicher Beschäftigungszuwachs	• Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss leicht überdurchschnittlich

Handlungsfelder mit Priorität¹⁵⁵:

Handlungsempfehlungen für die Kommunen des Typs 9:

- Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse in enger Zusammenarbeit mit den Familien vor Ort durchführen. (Jedoch sollten die kurz-, mittel- und langfristigen Folgen durch den Rückgang der Familien-zuwanderung berücksichtigt werden.)¹⁵⁶
- Kinder und Jugendliche (mit u. a. spielerischen Elementen) für die nachhaltige Nutzung der Angebote und Demokratiebildung zielgruppenspezifisch einbinden
- Initiativen wie „BANG®STARTER“ und Kooperationen mit Unternehmen zur Vorbeugung und Abfederung der Folgen von Jugendarbeitslosigkeit durchführen und unterstützen

Gute Praxis aus Hövelhof

Hövelhof gehört zu den Kommunen im Cluster 9: **Kleine Gemeinden mit sehr starker Familienprägung, vorrangig traditionelle „Ernährerfamilien“**. Die Herausforderung in diesen kleinen Gemeinden mit besonders vielen Familien mit Kindern lautet: „Familien im Mittelpunkt – Gemeindeentwicklung mit und für Familien“. Im Fokus steht hier die Einbeziehung von Familien in Gestaltungsprozesse.¹⁵⁷

In Hövelhof leben mit einem Anteil von etwa 42 Prozent bereits besonders viele Familien mit Kindern. Und das soll auch so bleiben: Man hat hier eine Vision: Damit sich die Menschen und Familien in Hövelhof wohlfühlen und sie sich noch stärker mit ihrem Ort identifizieren, hat man sich zum Ziel gesetzt, die bereits hohe Lebens- und Standortqualität in Hövelhof auszubauen.¹⁵⁸

¹⁵⁴ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 66 ff.

¹⁵⁵ Vgl. ebd.

¹⁵⁶ Vgl. ebd.

¹⁵⁷ Vgl. ebd.

¹⁵⁸ Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Gemeinde Hövelhof 2012: 2 ff.

Eine identitätstiftende Ortsmitte gibt es nach Ansicht der Hövelhofer nicht (trotz einiger städtebaulicher Versuche zwischen 1970 und 1990).¹⁵⁹ Die aktuelle Unzufriedenheit mit der Ortsmitte sah man als Potenzial für eine zukunftsfähige Gestaltung der Ortsmitte unter Berücksichtigung der schon geschaffenen Werte.¹⁶⁰ Dafür wurde das „Integrierte Ortskernkonzept 2020“ unter Mitwirkung von Hövelhofer Familien entwickelt. Auch im Rahmen des Audits „Familiengerechte Kommune“ erkannte man, dass dem Handlungsfeld „Wohnumfeld und Lebensqualität“ in Hövelhof in Bezug auf Familiengerechtigkeit eine besondere Bedeutung zukommt.¹⁶¹

Es wurden für die Planung die Erwartungen der verschiedenen Nutzergruppen, wie Familien mit Kindern, Jugendliche, Senioren etc., erfasst. Dazu stellte man Fragen wie: Wie erleben diese Menschen der Ortskern? Was wünschen sie sich in der Ortsmitte? Was gefällt im Ortskern? Was wird vermisst? Worüber ärgert man sich? Was sollte verändert werden?¹⁶²

Die groß angelegte Bürgerbeteiligung startete mit einer Auftaktveranstaltung, zu der rund 130 Hövelhofer kamen. Sie wurden zunächst über die Rahmenbedingungen eines Ortskernkonzeptes informiert. Mit einem visuellen Rundgang durch den Ortskern anhand von Fotos wurde das alltäglich Bekannte hinterfragt. Daraufhin wurde ein Stimmungsbild über 30 themenspezifische Fragen (u. a. zur Aufenthaltsqualität und zur Identität des Ortskerns) erhoben. Es bestand auch die Möglichkeit, Ideen und Kritik am aktuellen Zustand des Ortskerns zu äußern. Kurz darauf (zwei bis vier Wochen später) fanden zwei Planungswerkstätten statt. Jeweils rund 70 Personen setzten sich in diesem Rahmen vertiefend mit der Ortskernplanung Hövelhof auseinander. Die Dokumentation der Veranstaltungen wurde auf der Homepage der Gemeinde allen Interessierten zugänglich gemacht. So wurde eine noch größere Zahl an Bewohnern erreicht.¹⁶³

¹⁵⁹ Vgl. Sennegemeinde Hövelhof 2011: 28.

¹⁶⁰ Vgl. ebd.: 48.

¹⁶¹ Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Gemeinde Hövelhof 2012: 19.

¹⁶² Vgl. Sennegemeinde Hövelhof 2010.

¹⁶³ Vgl. Sennegemeinde Hövelhof 2011: 47 f.

In Zukunft sollen auch die Hövelhofer Kinder und Jugendlichen intensiv in die Planung von Freizeitangeboten einbezogen werden. Damit zielt man darauf ab, dass wenn sie früh gute Erfahrungen mit Demokratie und Beteiligungsformaten machen, sie sich auch später stärker in Gestaltungsprozesse einbringen. Die Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen in die Planung von Freizeitangeboten findet im Rahmen von Zukunftswerkstätten statt, die mindestens alle fünf Jahre durchgeführt werden sollen. Die Aufbereitung und Umsetzung der Ergebnisse nimmt erfahrungsgemäß viel Zeit in Anspruch. Damit die Angebote trotzdem weiterhin den Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen entsprechen, halten die verantwortlichen Sozialarbeiter auch nach den Zukunftswerkstätten regelmäßig Rücksprache mit den teilnehmenden Jugendlichen. Jährliche Berichterstattung über die Fortschritte der Projekte, die aus den Zukunftswerkstätten entstanden sind, anlassbezogene Berichterstattung in der Tagespresse und Informationsveranstaltungen halten die Öffentlichkeit auf dem Laufenden. Zu den Hövelhofer Jugendlichen soll insbesondere der persönliche Kontakt gehalten werden. Darüber hinaus werden u. a. auch Onlinedienste wie Facebook und Twitter genutzt, um die Jugendlichen zu erreichen.¹⁶⁴

Die Spielplatzplanung soll ebenfalls gemeinsam mit den Hövelhofer Familien stattfinden: Bereits bei der Konzeptentwicklung sollen sich vor allem die Kinder (im Rahmen auch spielerischer Maßnahmen) einbringen. Für die Pflege der Spielplätze werden engagierte Bürger als Spielplatzpaten eingesetzt.¹⁶⁵

Bis zur Jahrtausendwende gab es Probleme mit der Berufsausbildung der Jugendlichen. Mit Gründung des Vereins „Berufliches Ausbildungsnetzwerk im Gewerbebereich“ (BANG®) änderte sich das. Um Jugendliche ohne Abschluss, Ausbildungsplatz oder Arbeitsstelle auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln und dem demographisch bedingten Fachkräftemangel entgegenzuwirken und vorzubeugen, wurde zudem das Projekt „BANG®STARTER“ ins Leben gerufen. Mit regelmäßigen Coachings und Trainings über sechs bis zwölf Monate werden Jugendliche ausbildungsreif gemacht.¹⁶⁶

164 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Gemeinde Hövelhof 2012: 21 ff.

165 Vgl. ebd.: 25.

166 Vgl. ebd.: 11.

Das Besondere: „BANG®STARTER“ ist ein triales Ausbildungssystem. Dem etablierten dualen Ausbildungssystem aus Betrieb und Berufsschule wurde eine dritte Säule zugefügt: das überbetriebliche Ausbildungsnetzwerk.¹⁶⁷ In diesem schließen sich regionale Unternehmen zu einem gemeinnützigen Verein zusammen, der die Ausbildungsaktivitäten der Unternehmen und der Berufsschule koordiniert und ergänzt. Das geschieht in den regionalen BANG®-Trainingszentren, in denen Auszubildende ergänzende theoretische und praktische Inhalte vermittelt bekommen, die die jeweiligen Unternehmen (aus unterschiedlichen Gründen, z. B. Spezialisierungsgrad) nicht bieten können.¹⁶⁸ Das Ausbildungsnetzwerk übernimmt vielfältige Aufgaben rund um die Ausbildung und entlastet damit die teilnehmenden Unternehmen. Betriebe können so effizienter, qualitativ hochwertiger und kostengünstiger ausbilden als bei der ausschließlichen Nutzung betrieblicher Ressourcen.¹⁶⁹

Die Abbrecherquote bei „BANG®STARTER“ liegt mit unter 5 Prozent weit unter dem Bundesdurchschnitt von ca. 20 Prozent. Fast alle (über 95 %) der ausgebildeten Jugendlichen werden nach der Ausbildung von ihren Betrieben übernommen. Die Abschlussnoten liegen regelmäßig über IHK-Durchschnitt. Das Modell ist ausgezeichnet mit dem Ausbildungs-Ass 2011 und 2012/2013 als „Bildungs-Idee“ durch „Deutschland – Land der Ideen“.¹⁷⁰

BANG®-Netzwerke sind auch bereits in fünf weiteren Regionen eingeführt worden: in Gütersloh, Lippe, Hochstift, Bielefeld und im Hochsauerland. Weitere Netzwerke sind in Planung und derzeit entstehen auch branchenspezifische Ansätze.¹⁷¹

Durch konsequente Einbeziehung der Familien in die lokalen Gestaltungsprozesse wird in Hövelhof die Identifikation der Familien mit dem Heimatort gesteigert. Initiativen wie BANG® helfen Jugendlichen, Ausbildungs- oder Arbeitsplätze zu finden, und schaffen so Entwicklungschancen für diese Bevölkerungsgruppe.

167 Vgl. BANG® Ausbildungsnetzwerk Hövelhof e. V. o. J. a.

168 Vgl. Sennegemeinde Hövelhof o. J. b.

169 Vgl. BANG® Ausbildungsnetzwerk Hövelhof e. V. o. J. b.

170 Vgl. Sennegemeinde Hövelhof o. J. b.

171 Vgl. BANG® Ausbildungsnetzwerk Hövelhof e. V. o. J. c.

Das trägt zum Erfolg in Hövelhof bei:

- Teilnahme am Audit „Familiengerechte Kommune“ (Zertifikat 2013)¹⁷²
- Zukunftswerkstätten (2005 und 2012), um Kinder und Jugendliche für ihren Ort zu interessieren und sich gleichzeitig für ihre Interessen stark zu machen¹⁷³
- Entwicklung des „Integrierten Ortskernkonzeptes 2020“ unter intensiver Mitwirkung von Hövelhofer Familien

3.10 Mobilität ermöglichen: Zeitressourcen für Familien gewinnen (Cluster 10)

Anröchte, Balve, Billerbeck, Borgentreich, Borgholzhausen, Dörentrup, Enger, Ennigerloh, Erndtebrück, Erwitte, Everswinkel, Extertal, Freudenberg, Halver, Hellenthal, Herscheid, Hiddenhausen, Hilchenbach, Hille, Holzwickede, Horstmar, Hückeswagen, Hüllhorst, Inden, Kalletal, Kirchlengern, Ladbergen, Lienen, Lügde, Marienmünster, Medebach, Morsbach, Nachrodt-Wiblingwerde, Netphen, Nieheim, Nordwalde, Oerlinghausen, Olsberg, Preußisch Oldendorf, Rahden, Rödinghausen, Rüthen, Schalksmühle, Schieder-Schwalenberg, Schlangen, Spenge, Steinhagen, Stewede, Telgte, Wadersloh, Werther (Westfalen), Westerkappeln, Wickede (Ruhr), Wiehl, Wilnsdorf

Familienpolitische Ausgangslage

Gemeinden dieses Clusters stehen vor der Herausforderung, Familien und junge Erwachsene an sich zu binden und für sich zu gewinnen, denn sie schrumpfen stark. Vor dem Hintergrund der vielen Erwerbstätigen sowie der damit verbundenen großen Pendlerströme ist hier besonders auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter dem besonderen Aspekt „Zeit und Mobilität“ zu fokussieren. Dabei sollten auch pflegende Angehörige und Seniorenmobilität mitgedacht werden.¹⁷⁴

172 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. o. J.d.

173 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Gemeinde Hövelhof 2015: 23.

174 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 69 ff.

Besondere Potenziale¹⁷⁵:

- Beschäftigungsgrad erreicht maximale Werte
- Anteil der Hochqualifizierten am Wohnort mit leicht positiver Entwicklung
- Geringes Niveau sozialer Problemlagen mit weiterhin abnehmender Tendenz
- Kinderarmut deutlich unterdurchschnittlich ausgeprägt

Handlungsfelder mit Priorität¹⁷⁶:

- Besonders starke Schrumpfung und Alterung der Kommunen
- Höchste Bildungsabwanderung
- Überdurchschnittlicher Anteil von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss

Handlungsempfehlungen für die Kommunen des Typs 10:

- Senioren durch barrierefreie Gestaltung des gesamten Ortes und der öffentlichen Gebäude mobilitätssicher. So ist weniger Begleitung durch die pflegenden Angehörigen notwendig, denn die Senioren oder Familienangehörigen mit Einschränkungen können sich selbstständiger bewegen. Das bedeutet Zeitersparnis für die Angehörigen.
- Lokale Unternehmen bei der Einführung von familiengerechten Arbeitsbedingungen sensibilisieren und unterstützen. Die Kommunalverwaltung kann mit der Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle u. a. als gutes Beispiel vorangehen und dabei eigene Erfahrungen mit den unterschiedlichen Arbeitszeitmodellen machen. Werden die Erkenntnisse systematisch dokumentiert und reflektiert, ist eine qualitativ hochwertige Beratung und Unterstützung der lokalen Unternehmen möglich.
- Bedarfe in der Kinderbetreuung und Potentiale zu ehrenamtlichem Engagement in der Bevölkerung durch Fragebögen an alle Individuen der Zielgruppen gezielt erheben.

Gute Praxis aus Steinhagen

Steinhagen gehört zu den Kommunen in Cluster 10: **Mobilität ermöglichen: Zeitressourcen für Familien gewinnen**. Die Herausforderung in diesen schrumpfenden Gemeinden lautet: „Mobilität ermöglichen – Zeitressourcen für Familien gewinnen“. Im Fokus steht hier die Familienzeitpolitik mit Aspekten wie Seniorenmobilität und Arbeitszeitmodelle.¹⁷⁷

In Steinhagen besteht bereits eine umfassende Infrastruktur, die Familien bei der Erfüllung ihrer alltäglichen Aufgaben stärkt und unterstützt. Um junge Familien zu

¹⁷⁵ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 69 ff.

¹⁷⁶ Vgl. ebd.

¹⁷⁷ Vgl. ebd.

binden, werden in der Kommune die bestehenden Netzwerke und die sehr guten Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien weiter ausgebaut. Damit erhält Steinhagen sein familienfreundliches Image und steigert seine Attraktivität als Standort. Diese wird insbesondere durch generationenübergreifende und integrierende Maßnahmen gefördert. So wurde beispielsweise ein Generationenbüro und die Wohnberatung „Blick-Winkel“ gegründet.¹⁷⁸

Das Generationenbüro ist Anlaufstelle für jeden Steinhagener zu allen sozialen Belangen. Hier ist jede Frage, Idee und Anregung willkommen. Es ist eng mit vielen anderen Stellen, wie dem Sozialamt, der Wohngeldstelle und anderen, vernetzt und auch Schnittstelle für Vereine und Verbände sowie ehrenamtliche Steinhagener Bürger (Ehrenamtsbörse). Hier wird koordiniert, beraten und informiert. Bei Bedarf findet im Einzelfall Beratung auch bei den Ratsuchenden zu Hause statt.¹⁷⁹

Als Gemeinde mit 7.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen¹⁸⁰ setzt man sich in Steinhagen intensiv mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere im Hinblick auf Familienzeit, auseinander. Mit gezielten Befragungen werden die Bedarfslagen von Steinhagener Familien bezüglich der Kinderbetreuung erhoben. Alle Steinhagener Eltern bzw. Erziehungsberechtigte mit Kindern im Alter bis 14 Jahre erhielten einen Fragebogen zu dem Thema „Ganzjährige Kinderbetreuung“. ¹⁸¹

Als ein Hauptproblem bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellte sich hierbei die Betreuung von Kindern der fünften bis siebten Klasse in den Ferien heraus.¹⁸² Aufgrund dessen wurde ein Runder Tisch zum Thema „Betreuungssituation – Angebot – Nachfrage – Wünsche“ eingerichtet, der die Ergebnisse der Elternbefragung auswertet und Lösungen beispielsweise für die gewünschten Betreuungszeiten der Ferienbetreuung erarbeitet, etwa Möglichkeiten der Erweiterung der Ferienspiele oder passende Angebote im Jugendzentrum während der Schulferien.¹⁸³ Auch bei den allgemeinen Informationen zu den Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ergab sich

178 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Gemeinde Steinhagen 2014a: 2.

179 Vgl. Gemeinde Steinhagen o. J. a.

180 Vgl. Familiengerechte Kommune e. V. und Gemeinde Steinhagen 2014b: 16.

181 Gemeinde Steinhagen o. J. b.

182 Gemeinde Steinhagen o. J. c.

183 Gemeinde Steinhagen o. J. b.

Handlungsbedarf, weil Eltern sich diese bislang selbst zusammensuchen mussten. Jetzt werden diese Informationen zentral auf der Homepage der Gemeinde und bei einer jährlichen Infoveranstaltung gebündelt vorgestellt. Auch die Gemeindeverwaltung geht hier mit gutem Beispiel voran: Sie wendet Heimarbeitsplätze, unterschiedliche Zeitmodelle bei der Stundenverteilung auf die Woche, ämterübergreifende Lösungen und projektbezogene Arbeit etwa für Aufstocker einzelfallbezogen an. Und schaut sich auch etwas von der freien Wirtschaft ab: Sie initiierte einen Kinder-Mitbringtag in der Verwaltung.¹⁸⁴ Darüber hinaus werden ansässige Unternehmen dazu motiviert, ebenfalls aktiv zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Steinhagen beizutragen (Belegplätze von Unternehmen in Kitas). Ergänzend wurden sie über das gemeindliche Pflegeberatungsangebot informiert. Alle 184 Steinhagener Unternehmen erhielten schriftliche Informationen über das Pflegeberatungsprogramm der Gemeinde, zudem wurden ihnen Beratungstermine im Amt für Generationen, Arbeit, Soziales und Integration angeboten.¹⁸⁵

Um junge Familien anzuziehen, wurde das Projekt „Jung kauft Alt“ ins Leben gerufen.

Eltern und Angehörige von eingeschränkt mobilen Kindern und Senioren werden in Steinhagen indirekt unterstützt, indem in öffentlichen Gebäuden alles, was neu- oder umgebaut wird, barrierefrei gestaltet wird. So wurde in der Gemeindebibliothek im Rathaus eine neue Tür mit automatischem Öffnungsmechanismus eingebaut. Auch die Einrichtung eines Behinderten-WCs im Cronsbach-Stadion und der Einbau eines Aufzugs im Schulzentrum erleichtern es eingeschränkt mobilen Menschen in Steinhagen, sich selbstständiger zu bewegen. Mit generationenübergreifenden Workshops, beispielsweise zum Thema Smartphones, schulen Schüler Senioren darin, die vielfältigen Funktionen dieser Geräte zu nutzen.¹⁸⁶ Damit wird die Selbstständigkeit dieser Bevölkerungsgruppe erhöht, was zur Entlastung von deren Angehörigen beiträgt.

184 Gemeinde Steinhagen o.J.c.

185 Gemeinde Steinhagen o.J.b.

186 Gemeinde Steinhagen o.J.c.

In Steinhagen engagieren sich vor allem Personen ab 50 Jahren ehrenamtlich.¹⁸⁷ Dabei werden die Potenziale aktiviert, indem Wünsche und Ideen von Senioren zum Thema „ehrenamtliches Engagement“ per Fragebogen gezielt erhoben werden und ehrenamtliches Engagement mit einem Ehrenamtsausweis wertgeschätzt wird. In diesem Jahr erhalten auch erstmals Schüler, die sich engagieren, zusätzlich ein „Ehrenamtszertifikat“ (als Anlage zum Zeugnis, zur Vorlage bei Bewerbungsschreiben). Mit dem Innovationspreis „Demographie und Integration“ zeichnet die Gemeinde Steinhagen seit zwei Jahren vorbildliches Engagement in den Bereichen „Chancengleichheit aller Generationen“ und „Integration von Migranten“ aus.¹⁸⁸

Mit bedarfsgerechtem Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und Unterstützung der Selbstständigkeit von Senioren entlastet die Gemeinde Steinhagen berufstätige Eltern und pflegende Angehörige.

Das trägt in Steinhagen zum Erfolg bei:

- Teilnahme am Audit „Familiengerechte Kommune“ (Zertifikat 2014)¹⁸⁹; Einrichtung einer halben Stelle für die gezielte Steuerung der Umsetzungen aus den Zielvereinbarungen und die Unterstützung der ämterübergreifenden Zusammenarbeit¹⁹⁰
- Einrichtung eines Generationenbüros mit Ehrenamtsbörse als Anlaufstelle für alle Bürger
- Integriertes Handlungskonzept zur barrierefreien Gestaltung aller Ortsteile¹⁹¹ als Teil der Zielvereinbarungen des Audits „Familiengerechte Kommune“

187 o. V. 2015b.

188 Gemeinde Steinhagen 2011.

189 Familiengerechte Kommune e. V. o. J.e.

190 Gemeinde Steinhagen o. J. b.

191 Familiengerechte Kommune e. V. o. J.e.

4 Von der (Re-)Aktion zur Strategie

Heute ist wohl in jeder Kommune eine Vielzahl an Einzelprojekten und Aktivitäten für Familien zu verzeichnen, die häufig aus dem aktuellen Bedarf heraus entstanden sind. Was also zeichnet die beschriebenen Praxisbeispiele und deren kommunale Ansätze für mehr Familiengerechtigkeit im Vergleich zu diesen aus? So unterschiedlich sie im Einzelnen sind, so lassen sich in der Gesamtschau doch einige gemeinsame Merkmale benennen, die den Ansatz des integrierten und strategischen Vorgehens kennzeichnen und dessen Sinnhaftigkeit deutlich machen.

Wenn man sich auf Typisches konzentriert, ist die Auswahl an Beispielen – trotz der Vielfalt der Kommunen und damit auch der Vielfalt der Ausgangslagen, Probleme und Potenziale für die Herstellung von Familiengerechtigkeit vor Ort – durchaus begrenzt. An diesem Punkt setzt die von uns vorgenommene Clusterbildung an. Die von uns vorgestellten Cluster von Kommunen in Nordrhein-Westfalen zeigen den Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden, welche anderen Kommunen sich in einer ähnlichen Lage befinden, wie diese bei ähnlicher Ausgangslage mit Erfolg agiert haben, und bieten so eine Grundlage, voneinander zu profitieren.

Aus unserer Erfahrung stellen die im Folgenden beschriebenen Grundlagen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Familienpolitik dar, die sicher noch nicht überall selbstverständlich sind:

Faktenwissen und Transparenz

In den dargestellten Kommunen haben Verwaltung und Politik früh zur Verfügung stehende Instrumente (z. B. Familienbefragung/-bericht) zur strategischen Ausrichtung der Familienpolitik genutzt und waren dabei bereit, transparent zu agieren. Hierdurch konnten sie die jeweiligen Herausforderungen identifizieren und passgenau auf diese reagieren. Zu ihrem Vorgehen gehörten u. a. die transparente Entwicklung von passgenauen Instrumenten, die Analyse auf Grundlage von Fakten (Datengrundlagen aufbauen und für die Steuerung nutzen) sowie die transparente Information der Bürger als Voraussetzung für Partizipation.

Leitbild/Chefsache/Hauptverantwortliche

Die Erfahrungen insbesondere mit den Audit-Kommunen zeigen, dass Familiengerechtigkeit gelingt, wenn sie von der Verwaltungsspitze getragen wird. Die Verwaltungsleitungen führen und steuern, indem sie die relevanten Personen innerhalb und außerhalb der Verwaltung, Akteure, Gruppen und Organisationen in der Kommune zu einem beteiligungsorientierten Prozess motivieren, dabei den Familien eine Stimme geben und die familienpolitischen Handlungsziele in der Umsetzung dezentriert übergreifend koordinieren. Dabei hilft ein familienpolitisches Leitbild, das gemeinsam erarbeitet worden ist. Daraus abgeleitete Maßnahmen müssen einen oder mehrere Hauptverantwortliche haben (z. B. Seniorenbeirat in Waltrop, der für die Umsetzung des Leitbildes verantwortlich ist).

Sozialraumbezug

In den meisten Städten gibt es große (und wachsende) sozialräumliche Disparitäten. Es finden sich die bürgerlichen Viertel der „Oberstadt“ und die armen Viertel der „Unterstadt“. Die Kinder der Unterstadt haben deutlich schlechtere Entwicklungschancen. Hinzu kommen Stigmatisierung und soziale Ausgrenzung. Die Stadtgesellschaft steht vor der Herausforderung, die soziale Teilhabe dieser Kinder zu gewährleisten und gleiche Lebenschancen für alle Kinder zu schaffen. Die Herstellung von Chancengleichheit erfordert sozialräumlich differenzierte Handlungskonzepte, wie sie z. B. in Gladbeck zum Erfolg beitragen. In den Sozialräumen gibt es vielfältige soziale Ressourcen für diese Aufgabe. Wenn die Verwaltung auf lokale Vereine und Verbände, auf die Kirchengemeinden und Moscheevereine zugeht, kann sie wichtige Partner finden und Engagement zielgerichtet bündeln.

Familienbüro/Familienberichterstattung/Befragungen

Neben den raum- und zielgruppenbezogenen Erhebungen der Bedarfe und Bedürfnisse (z. B. bei der Kinderbetreuung und Familienunterstützungsangeboten) müssen auch Potenziale gezielt erhoben, erkannt, gebündelt, koordiniert und unterstützt werden. Beides kann sich gut ergänzen, wie am Beispiel eines Familienbüros (z. B. in Lennestadt) zu sehen ist. Ebenso hilfreich ist eine sozialräumlich gegliederte

Planungsgrundlage, die regelmäßig fortgeschrieben und anlassbezogen angepasst wird. Eine regelmäßig wiederholte Familienberichterstattung (z. B. Gladbeck, Kreuztal) auf Basis von Sozialdaten und Befragungen sowie anlassbezogene Befragungen aller relevanten Bewohner (z. B. die Erhebung des Bedarfs an Kinderbetreuungszeiten in Steinhagen) unterstützen den Ausbau und die Anpassung einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur. Wichtige Potenziale sind auch bei städtischen Einrichtungen zu suchen.

Kooperation mit Unternehmen/Interkommunale Kooperation/Vorbild Verwaltung

Die Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen ist wichtig. Auch ein städtisches Entsorgungsunternehmen, das sein Grundstück für eine Möbeltauschbörse zur Verfügung stellt, trägt direkt zur Unterstützung von Familien bei. Zunehmend wichtig wird auch die interkommunale Kooperation (zum Beispiel bei der Verkehrsinfrastruktur, wie in Nordkirchen). Beides hilft bei der Implementation einer Familienzeitpolitik und der Erleichterung von Mobilität. Die Kommunalverwaltung als Arbeitgeber kann in ihrer Vorbildfunktion z. B. bei neuen Arbeitszeit- bzw. -platzmodellen ihre Erfahrungen mit lokalen Unternehmen und den Nachbarkommunen austauschen. Auch die Öffnungszeiten der städtischen Kitas und die Arbeitszeiten in den ansässigen Unternehmen können abgestimmt werden.

Insbesondere für ländliche Gemeinden mit vielen Pendlern und älteren Bewohnern ist die Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen unabdingbar. Um beispielsweise Jugendliche und junge Erwachsene zu binden, muss ihnen der Weg zur Ausbildungsstätte und zu den Freizeitmöglichkeiten erleichtert werden. Auch Arbeitnehmer und Senioren profitieren von einem bedarfsgerechten Angebot im öffentlichen Nahverkehr, der nicht an der Grenze der eigenen Kommune halt macht, sondern nahtlos zu den Zielen führt. In anderen Gegenden dieser Welt, zum Beispiel im ländlichen Italien, ist es schon immer so gewesen: Der Bus hält dort, wo die Menschen einsteigen wollen und dort, wo sie aussteigen möchten – Haltestellen gibt es manchmal, oft setzt sich dann aber doch der Pragmatismus durch. Diesen Ansatz verfolgt auch das Münsterland und stellt sich damit in der aktuellen ÖPNV-Landschaft zukunftsfähig auf.

Unterstützung/Qualifizierung der Ehrenamtlichen

Notwendig ist auch, dass Verwaltung und Politik Menschen, die ehrenamtlich tätig werden wollen, nicht nur durch Anerkennung motiviert (Preise, Presseberichterstattung, Medaillen etc.), sondern die Arbeit von engagierten Bürgern tatkräftig unterstützt. Verwaltungsangestellte und Lokalpolitiker sollten ihr Wissen und auch die administrativen Möglichkeiten zugunsten der ehrenamtlichen Arbeit verwenden. Koordinierende Anlaufstellen, Fortbildungen und Schulungen tragen dazu bei, die Qualität der ehrenamtlichen Arbeit sicherzustellen. Dies gilt ebenso für Kooperationen mit Unternehmen, z. B. gemeinsame Informationen für ehrenamtlich Interessierte.

Alle diese Maßnahmen sind mit einem höheren Aufwand und in einigen Fällen auch hohen Kommunikationskompetenzen oder auch neuen Kompetenzen (Moderation, Mediation, Sprache etc.) beim Verwaltungspersonal verbunden. Deshalb tun Kommunen gut daran, ihr Personal auch mit Blick auf solche Kompetenzen hin auszuwählen und (regelmäßig und gezielt) weiterzuqualifizieren.

Die Autoren

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier ist Seniorprofessor am Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr Universität Bochum. Er leitet das wissenschaftliche Forschungsteam zur fachlichen Evaluation des KeKiz-Modellvorhabens und ist im Vorstand des Vereins „Familiengerechte Kommune“.

Johanna Konnerth hat in der Bertelsmann Stiftung im Programm „LebensWerte Kommune“ das Projekt Leitbild „Kommune der Zukunft“ geleitet und Best-Practice-Beispiele aus dem Projekt „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ für den Wegweiser Kommune aufbereitet. In der vorliegenden Broschüre hat sie für den Verein „Familiengerechte Kommune e. V.“ die Praxisbeispiele verfasst.

Literatur und Quellenangaben

- Amt für Statistik und Wahlen Düsseldorf (Hrsg.) (2014). **Statistisches Jahrbuch 2014**. Düsseldorf. Online unter https://www.duesseldorf.de/statistik/stadtforschung/download/statistisches_jahrbuch_2014.pdf (Download 23.6.2015).
- Arbeitsgemeinschaft Charlemagne (Hrsg.) (2014). „Struktur“. Online unter www.charlemagne-grenzregion.eu/organisation/struktur/ (Download 25.6.2015).
- Bader, Silvia, Benjamin Melzer, Annett Schultz und Holger Wunderlich (2007). „Familienbericht Kreuztal 2007. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien in Kooperation mit der Stadt Kreuztal“. Online unter <http://media.kreuztal.de/5978-Familienbericht-Kreuztal-2007.pdf> (Download 24.6.2015).
- BANG® Ausbildungsnetzwerk Hövelhof e. V. (Hrsg.) (o. J.a). „Herzlich willkommen beim BANG® Netzwerk – Hövelhof“. Online unter <http://www.bang-netzwerke.de/bang-hoevelhof.html> (Download 25.6.2015).
- BANG® Ausbildungsnetzwerk Hövelhof e. V. (Hrsg.) (o. J.b). „Triale Ausbildungssystem BANG® Netzwerke“. Online unter <http://www.bang-netzwerke.de/trialeausbildungssystem.html> (Download 25.6.2015).
- BANG® Ausbildungsnetzwerk Hövelhof e. V. (Hrsg.) (o. J.c): „Herzlich willkommen“. Online unter <http://www.bang-netzwerke.de/bang-netzwerke.html> (Download 25.6.2015).
- Bergmann, Dietmar, Frank Bröckling, Christian Germing, Josef Klaas, Thomas Pliquet und Bernd Tönning (o. J.). „Nordkirchen auf dem Weg zur inklusiven Gemeinde. Eine Projektstudie für die Regionale 2016“. Online unter http://www.regionale2016.de/fileadmin/daten/mandanten/reg/projekte/Projektbilder_NEU_2012/31_InklusionNordkirchen/Projektstudie/Projektstudie_Inklusion_Nordkirchen_web.pdf (Download 25.6.2015).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005). Kommunen und Regionen im demographischen Wandel – Bürgermeisterbefragung 2005. Online unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_15297__2.pdf (Download 21.10.2015)
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015a). **Familiengerechte Rahmenbedingungen – Gemeindetypisierung in Nordrhein-Westfalen. Materialien zur Prävention**. Band 2. Gütersloh.

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015b). **Europa liegt um die Ecke**. Kommunale Europaarbeit in NRW. Gütersloh.
- Bieler-Barth, Anja (2015). „Nächste Baustelle: Heugraben. Kreuztal. Jenseits der Bahngleise entstehen zwei Mehrfamilienhäuser“. Siegener Zeitung 25.3.2015. Online unter <http://www.siegener-zeitung.de/siegener-zeitung/Naechste-Baustelle-Heugraben-9a93ac32-b916-4a9b-9111-37255167ddf9-ds> (Download 25.6.2015).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). **Familienreport 2009**. Berlin.
- Dietrich, Marion (2011). „Seniorenbeirat der Stadt Waltrop. Dokumentation 2011“. Online unter http://www.seniorenbeirat-waltrop.de/files/Jahresdokumentation_SB_2011pub_Endfassung9.pdf (Download 26.4.2015).
- Eberts, Volker (2015). „Mit dem Telefon aus der Einsamkeit“. Der Westen 18.11.2013. Online unter <http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-lennestadt-und-kirchhundem/mit-dem-telefon-aus-der-einsamkeit-id8679649.html#plx1022657681> (Download 25.6.2015).
- Familiengerechte Kommune e. V. (Hrsg.) (o. J.a). „Stadt Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen)“. Online unter <http://www.familiengerechte-kommune.de/de/home/audit/audit-kommunen/von-a-bis-z/stadt-duesseldorf-nw.html> (Download 23.6.2015).
- Familiengerechte Kommune e. V. (Hrsg.) (o. J.b). „Stadt Kreuztal (Nordrhein-Westfalen)“. Online unter www.familiengerechte-kommune.de/de/home/audit/audit-kommunen/von-a-bis-z/stadt-kreuztal-nw.html (Download 25.6.2015).
- Familiengerechte Kommune e. V. (Hrsg.) (o. J.c). „Stadt Waltrop (Nordrhein-Westfalen)“. Online unter <http://www.familiengerechte-kommune.de/de/home/audit/audit-kommunen/von-a-bis-z/stadt-waltrop-nw.html> (Download 25.6.2015).
- Familiengerechte Kommune e. V. (Hrsg.) (o. J.d). „Gemeinde Hövelhof (Nordrhein-Westfalen)“. Online unter www.familiengerechte-kommune.de/de/home/audit/audit-kommunen/von-a-bis-z/gem-hoevelhof-nw.html (Download 25.6.2015).
- Familiengerechte Kommune e. V. (Hrsg.) (o. J.e). „Gemeinde Steinhagen (Nordrhein-Westfalen)“. Online unter <http://www.familiengerechte-kommune.de/de/home/audit/audit-kommunen/von-a-bis-z/gemeinde-steihagen-nw.html> (Download 25.6.2015).
- Familiengerechte Kommune e. V. (Hrsg.) (o. J.f). „Stadt Lippstadt (Nordrhein-Westfalen)“. Online unter <http://www.familiengerechte-kommune.de/de/>

- home/audit/audit-kommunen/von-a-bis-z/stadt-lippstadt-nw.html (Download 23.6.2015).
- Familiengerechte Kommune e. V. (Hrsg.) (o. J. g). „Stadt Lennestadt (Nordrhein-Westfalen)“. Online unter <http://www.familiengerechte-kommune.de/de/home/audit/audit-kommunen/von-a-bis-z/stadt-lennestadt-nw.html> (Download 23.6.2015).
- Familiengerechte Kommune e. V. und Gemeinde Nordkirchen (Hrsg.) (2013). „Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikats ‚Familiengerechte Kommune‘ der Gemeinde Nordkirchen. Online unter http://www.nordkirchen.de/customfile/Familiengerechte_Kommune/Zielvereinbarung.pdf (Download 25.6.2015).
- Familiengerechte Kommune e. V. und Gemeinde Steinhagen (Hrsg.) (2014a). „Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikats „Familiengerechte Kommune“ der Gemeinde Steinhagen“. Online unter http://www.gemeinde-steihagen.de/medien/bindata/Zielvereinbarung_Stand_02-04-2014_zur_Zertifizierung.pdf (Download 25.6.2015).
- Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Lippstadt (Hrsg.) (2009). „Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikats zum Audit familiengerechte Kommune“. Online unter http://buergerinfo.stadt-lippstadt.de/vo0050.asp?__kvonr=4670 (Download 25.6.2015).
- Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Lippstadt (Hrsg.) (2014a). Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikats ‚Familiengerechte Kommune‘ der Stadt Lippstadt“. Online unter http://buergerinfo.stadt-lippstadt.de/vo0050.asp?__kvonr=6344 (Download 25.6.2015).
- Gaida-Greger, Maria (2014). „Flüchtlingsarbeit in Waltrop“. **Waltroper Senioren aktuell. Zeitschrift des Seniorenbeirates der Stadt Waltrop** 1: 8–10. Online unter <http://www.seniorenbeirat-waltrop.de/images/WSA-001-15-Ausgabe-01-15-web.pdf> (Download 26.4.2015).
- Gemeinde Nordkirchen (Hrsg.) (2013). „Inklusion. Regionale 2016 Projekt“. Online unter http://www.nordkirchen.de/Aktuelles/Aktuelle_Meldungen,id-31659.html (Download 25.6.2015).
- Gemeinde Steinhagen (Hrsg.) (2011). „Satzung der Gemeinde Steinhagen über die Vergabe eines Innovationspreises Demografie und Integration vom 16.6.2011“. E. 50.04. Online unter <http://www.gemeinde-steihagen.de/medien/bindata/e.50.04.pdf> (Download 25.6.2015).

- Gemeinde Steinhagen (Hrsg.) (o.J.a). „Generationenbüro“. Online unter http://www.gemeinde-stenhagen.de/020/sr_seiten/artikel/112130100000015107.php (Download 25.6.2015).
- Gemeinde Steinhagen (Hrsg.) (o.J.b). „Audit – Familiengerechte Kommune. Die Gemeinde Steinhagen hat sich auf den Weg gemacht, als Familiengerechte Kommune anerkannt zu werden“. Online unter http://www.gemeinde-stenhagen.de/020/sr_seiten/artikel/112130100000015112.php (Download 25.6.2015).
- Gemeinde Steinhagen (Hrsg.) (o.J.c). „Was heißt familienfreundlich? Die Gemeinde hat jetzt das Zertifikat – Maßnahmen werden im Alltag konkret“. Online unter http://www.gemeinde-stenhagen.de/medien/bindata/WB_17.10.2014.pdf (Download 25.6.2015).
- Holtkamp, Eugen (2015). „Bücherwurm-Party, ein voller Erfolg. Waltroper Bücherei ist kein Auslaufmodell“. **Waltroper Senioren aktuell. Zeitschrift des Seniorenbeirates der Stadt Waltrop** 1: 7–8. Online unter <http://www.seniorenbeirat-waltrop.de/images/WSA-001-15-Ausgabe-01-15-web.pdf> (Download 26.4.2015).
- Innovationsagentur Stadtumbau NRW (2012). „Heugraben – Kreuztal“. Projektdatenbank Stadtumbau West NRW. Düsseldorf. Online unter <http://www.stadtumbau nrw.de/pdf/heugraben.pdf> (Download 25.6.2015).
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997). Herausforderungen des Sozialstaates. Frankfurt a. M. Kreiswohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft mbH Siegen (Hrsg.) (2015). „Mehrgenerationenpark eröffnet“. Online unter <http://www.mehrgenerationenwohnen.com/2011/07/mehrgenerationenpark-eroffnet/> (Download 25.6.2015).
- Kortmann, Jürgen (2015). „Senioren im Ehrenamt. Plötzlich kümmert sich da jemand“. **Der Westen** 16.12.2009. Online unter www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-soest-lippstadt-moehnesee-und-ruethen/ploetzlich-kuemmert-sich-da-jemand-id2270934.html (Download 25.6.2015).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.) (2011). „Sozialräumliche Gliederung. Fortschreibung 2011“. Düsseldorf. Online unter www.duesseldorf.de/statistik/stadtforschung/download/sozialraeumliche_gliederung2011.pdf (Download 11.3.2015).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.) (2012). „Migrantinnen und Migranten in Düsseldorf. Indikatoren für ein kommunales Integrationsmonitoring“. (Hinweis:

- Stand der im Bericht verwendeten Daten ist i. d. R. das Jahr 2010, siehe S. 7).
 Online unter https://www.duesseldorf.de/statistik/stadtforschung/download/sb_migration.pdf (Download 23.6.2015).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.) (o. J.a). „Jugendhilfeplanung“. Online unter <http://www.duesseldorf.de/jugendamt/fth/index.shtml> (Download 23.6.2015).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.) (o. J.b). „Stadtteilorientierte Familienbildung in Düsseldorf“. Online unter <http://www.duesseldorf.de/jugendamt/fth/fambild.shtml> (Download 23.6.2015).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.) (o. J.c). „Die Sozialräumliche Gliederung“. Online unter www.duesseldorf.de/jugendamt/fth/sozraum.shtml (Download 23.6.2015).
- Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (o. J.). „Beispiel guter Praxis: HANAH – Servicebüro für Familien und Senioren. Unabhängige und niedrigschwellige Beratung und Vermittlung in Sachen familienunterstützende Dienstleistungen bietet das Servicebüro HANAH in Lennestadt“. Online unter <http://www.familie-in-nrw.de/beispieleguterpraxis-lennestadt-hanah.html#e11f5eb5bb95d86d5a9ee273fa23ac2e> (Download 25.6.2015).
- Montanus, Uwe (2011). „Kommunale Familienberichterstattung. Chancen, Anstöße und Wirkungen in einer kreisangehörigen Kommune“. Online unter www.familie-in-nrw.de/erfahrungsbericht-familienberichterstattung.html (Download 25.6.2015).
- o. V. (2015a). „Heugraben. Kreuztal schafft Wohnraum in der Innenstadt“. **Der Westen** 25.3.2015. Online unter <http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-siegen-kreuztal-netphen-hilchenbach-und-freudenberg/kreuztal-schafft-wohnraum-in-der-innenstadt-id10500582.html#plx1253678925> (Download 25.6.2015).
- o. V. (2015b). „„Müssen motivieren und werben“. Interview: Regina Höppner hat in ihrer Masterarbeit das Ehrenamt in Steinhagen untersucht“. Haller Kreisblatt Nr. 54 5.3.2015. Online unter http://www.gemeinde-steihagen.de/medien/bindata/HK_05_03_2015.pdf (Download 25.6.2015).
- o. V. (2013). „Konzept nimmt Formen an“. **Nordkirchen-Südkirchen-Capelle** Nr. 235 10.10.2013.

- Pressestelle der Stadt Gladbeck (Hrsg.) (o. J.). „Zahlenspiegel Gladbeck“. Online unter http://www.gladbeck.de/Wirtschaft/Wirtschaftsstandort_GLA/Zahlenspiegel_Gla.pdf (Download 23.6.2015).
- Preute, Heiner (2010). „Leichtathleten feiern Jahresabschluss. Sonstige Veröffentlichungen. Hrsg. Turnverein Gladbeck 1912 e. V. Gladbeck. Online unter www.tvgladbeck.de/leichtathletik/artikel/sonst-veroeffentlichungen/274-ehrung-2010 (Download 23.6.2015).
- Regionale 2016 Agentur GmbH (Hrsg.) (o. J.a). „Nordkirchen – Auf dem Weg zur inklusiven Gemeinde“. Online unter <http://www.regionale2016.de/de/projekte/projekte/projektkategorie-bilder-produkte-reisen/inklusion-nordkirchen.html> (Download 25.6.2015).
- Regionale 2016 Agentur GmbH (Hrsg.) (o. J.b). „Bewegtes Land – Mobilität in die Fläche bringen“. Online unter <http://www.regionale2016.de/de/projekte/projekte/projektkategorie-bilder-produkte-reisen/bewegtes-land.html> (Download 25.6.2015).
- Sapp, Marita (2013). „„Zuhören und plaudern“. Telefonischer Besuchsdienst – neues Projekt der Ehrenamtsbörse EIL“. (Hrsg.), Sauerland Kurier (31) 13.11.2013. Online unter http://www.sauerlandkurier.de/fileadmin/user_upload/epaper/2013-11-13/021/021_2013-11-13.pdf bzw. Online unter http://www.lennestadt.de/media/custom/2080_1431_1.PDF?1385556222 (Download 25.6.2015).
- Sennegemeinde Hövelhof (Hrsg.) (2010). „Ortskernkonzept Hövelhof 2020“. Pressemitteilung Online unter http://www.hoevelhof.de/rathaus/20_ehk-ortskern/download/Pressemitteilung___2010-12-08___Einladung_Auftaktveranstaltung.pdf (Download 25.6.2015).
- Sennegemeinde Hövelhof (Hrsg.) (2011). „Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept. Ortskern Hövelhof 2020“. Online unter http://www.hoevelhof.de/rathaus/20_ehk-ortskern/116070100000016065.php (Download 25.6.2015).
- Sennegemeinde Hövelhof (Hrsg.) (o. J.a). „BANG® – Fortmeier und Pollmeier neue Vorsitzende“. Online unter <http://www.hoevelhof.de/wirtschaft/116070100000017958.php> (Download 25.6.2015).

- Sennegemeinde Hövelhof (Hrsg.) (o. J.a). „Nach ‚Ausbildungsass‘ nun ‚Bildungsidee 2012/2013‘ – BANG® hat es wieder geschafft“. Online unter <http://www.hoevelhof.de/wirtschaft/116070100000016133.php> (Download 25.6.2015).
- Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), und Institut für soziale Arbeit e. V. (Hrsg.) (2015a). „Kein Kind zurücklassen! – Kommunen in NRW beugen vor“. Kommunen: Düsseldorf“. Online unter <http://www.kein-kind-zuruecklassen.de/kommunen/duesseldorf.html> (Download 23.6.2015).
- Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), und Institut für soziale Arbeit e. V. (Hrsg.) (2015b). „Kein Kind zurücklassen! – Kommunen in NRW beugen vor“. Kommunen: Gladbeck“. Online unter <http://www.kein-kind-zuruecklassen.de/kommunen/gladbeck.html> (Download 23.6.2015).
- Stadt Aachen (Hrsg.) (o. J.). „Charlemagne“. Online unter www.aachen.de/DE/stadt_buerger/europa/ag_charlemagne/index.html (Download 25.6.2015).
- Stadt Lennestadt (Hrsg.) (o. J.a). „EiL – Ehrenamt in Lennestadt“. Online unter <http://www.lennestadt.de/Leben-Wohnen/B%C3%BCndnis-f%C3%BCr-Familie/EiL-Ehrenamt-in-Lennestadt> (Download 25.6.2015).
- Stadt Lennestadt (Hrsg.) (o. J.b). „Telefonischer Besuchsdienst“. Online unter <http://www.lennestadt.de/Leben-Wohnen/B%C3%BCndnis-f%C3%BCr-Familie/Projekte/Telefonischer-Besuchsdienst> (Download 25.6.2015).
- Stadt Lippstadt (Hrsg.) (2011a). „Busbegleiter trainieren für Problemsituationen“. Online unter www.lippstadt.de/pressemitteilungen/2011/pressexservice806215.php (Download 25.6.2015).
- Stadt Lippstadt (Hrsg.) (2011b). „Sprachförderkonzept 2011 der Stadt Lippstadt“. Online unter www.lippstadt.de/soziales/integration/sprachfoerderung/Sprachfoerderkonzept.pdf (Download 26.6.2015).
- Stadt Lippstadt (Hrsg.) (2015). „„Gratis abstellen – gratis mitnehmen““. Baubetriebshof veranstaltet Lippstädter Sperrmüllbörse“. Online unter www.lippstadt.de/pressemitteilungen/2015/pressexservice907906.php (Download 25.6.2015).
- Stadt Lippstadt (Hrsg.) (o. J.a). „Dankeschön an Senioren-Busbegleiter am 30.1.2012“. Online unter www.lippstadt.de/soziales/senioren/ehrenamt/117260100000046286.php (Download 25.6.2015).

- Stadt Lippstadt (Hrsg.) (o. J.b). „Der Kinder- und Jugendstadtplan“. Online unter www.lippstadt.de/flippstadt/117260100000024231.php (Download 25.6.2015).
- Stadt Lippstadt (Hrsg.) (o. J.c). „Geschäftsordnung für den Seniorenbeirat der Stadt Lippstadt“. Online unter http://www.lippstadt.de/soziales/senioren/seniorenbeirat/Geschaeftsordnung_Seniorenbeirat.pdf (Download 25.6.2015).
- Stadt Lippstadt (Hrsg.) (o. J.d). „Jährlich angebotene Aktionen in den Sommerferien“. Online unter www.lippstadt.de/flippstadt/ferien/117260100000018258.php (Download 25.6.2015).
- Stadt Waltrop (2007). „Leitbild für die Seniorenpolitik in Waltrop“. Online unter <http://www.seniorenbeirat-waltrop.de/index.php/leitbild-seniorenpolitik/leitbild-waltrop.html> (Download 26.4.2015).
- Stadt Waltrop (Hrsg.) (o. J.a). „Seniorenbeirat“. Online unter <http://www.seniorenbeirat-waltrop.de/index.php/seniorenbeirat.html> (Download 26.4.2015).
- Stadt Waltrop (Hrsg.) (o. J.b). „Engagement 50+“. Online unter <http://www.seniorenbeirat-waltrop.de/index.php/engagement-50.html> (Download 26.4.2015).
- Stadt Waltrop (Hrsg.) (o. J.c). „Waltrop gemeinsam gestalten. Waltrops ehrenamtliche Neubürger-Coaches“. Online unter http://www.waltrop.de/Inhalte/Politik_Verwaltung/gemeinsamgestalten.asp?form=detail&db=494&id=18 (Download 26.4.2015).
- Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.) (o. J.). „Stadtentwicklungskonzept Düsseldorf 2020+. Wachstum fördern, Zukunft gestalten (Kurzfassung)“. Reihe: Beiträge zur Stadtplanung und Stadtentwicklung in Düsseldorf Nr. 20. Online unter http://www.duesseldorf.de/planung/veroeffentlichungen/020_stek_kurz.pdf (Download 23.6.2015).
- StadtSportVerband Gladbeck e. V. (Hrsg.) (o. J.). „StadtSportVerband Gladbeck – ‚Wir bringen Menschen in Bewegung‘“. Online unter <http://www.sport-in-gladbeck.de/?id=ssv> (Download 23.6.2015).
- Stadtverwaltung Herzogenrath (Hrsg.) (2012a). „Eurode – Auf dem Weg zur ersten europäischen Stadt“. Online unter <http://www.herzogenrath.de/icc/assisto/nav/320/broker.jsp?uMen=320486dc-b02f-231a-e904-dd2048168a88&uCon=c6770da1-e26b-a331-0494-2182048168a8&uTem=aaaaaaaa-aaaa-aaaa-aaaa-000000000012> (Download 25.6.2015).

- Stadtverwaltung Herzogenrath (Hrsg.) (2012b). „Eurode Zeitraster. Eurode Zeitraster ab 1991“. Online unter http://www.herzogenrath.de/icc/assisto/nav/320/320486dc-b02f-231a-e904-dd2048168a88&class=net.ictteam.cms.utils.search.AttributeManager&class_uBasAttrDef=a001aaaa-aaaa-aaaa-eeee-000000000054&sel_uCon=3ce3528d-3b5d-4317-a162-6248168a88d7&uTem=aaaaaaaa-aaaa-aaaa-aaaa-000000000012.htm
- Stadtverwaltung Herzogenrath (Hrsg.) (2012c). „Grenzinfopunkt Aachen-Eurode im Eurode Business Center eröffnet“. Online unter <http://www.herzogenrath.de/icc/assisto/nav/664/6643086d-cb02-f231-ae90-4dd2048168a8,2a83d656-fba9-31f6-4c3b-f4a35f7b8dde,,,aaaaaaaa-aaaa-aaaa-aaaa-000000000042> (Download 25.6.2015).
- Strohmeier, Klaus Peter (2013). „Familienpolitik“. Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 7., aktual. Aufl. Hrsg. Uwe Andersen und Wichard Woyke. Heidelberg. 204–204, 209.
- Wulf, Ulrike (2015). „Senioren und Schüler am PC“. **Waltroper Senioren aktuell. Zeitschrift des Seniorenbeirates der Stadt Waltrop** 1. 12–13. Online unter <http://www.seniorenbeirat-waltrop.de/images/WSA-001-15-Ausgabe-01-15-web.pdf> (Download 26.4.2015).
- Zweckverband/Openbaar Lichaam Eurode (Hrsg.) (o. J.a). ohne Titel. (Begrüßung der Bürgermeister von Kerkrade und Herzogenrath.) Online unter <http://www.eurode.eu/willkommen.html> (Download 25.6.2015).
- Zweckverband/Openbaar Lichaam Eurode (Hrsg.) (o. J.b). „Formelle Zusammenarbeit: Eurode, eine öffentlich-rechtliche Körperschaft“. Online unter <http://www.eurode.eu/formelle-zusammenarbeit.html> (Download 25.6.2015).
- Zweckverband/Openbaar Lichaam Eurode (Hrsg.) (o. J.c). „Nachbarschaftshilfevertrag“. Online unter <http://www.eurode.eu/Nachbarschaftshilfevertrag.html> (Download 25.6.2015).

Nicht veröffentlichte Quellen aus dem Bestand des Vereins „Familiengerechte Kommune e. V.“

- Familiengerechte Kommune e. V. und Gemeinde Hövelhof (2012). „Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikats ‚Familiengerechte Kommune‘ der Stadt/ Gemeinde Hövelhof“.
- Familiengerechte Kommune e. V. und Gemeinde Hövelhof (2015). „Audit-Fragebogen Hövelhof“.
- Familiengerechte Kommune e. V. und Gemeinde Steinhagen (2014b). „Audit-Fragebogen Steinhagen“.
- Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Gladbeck (2014). „Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikats ‚Familiengerechte Kommune‘ der Stadt Gladbeck“. (Bilanz). Gladbeck.
- Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Kreuztal (2012). „Erster Jahresbericht zur Erhaltung des Zertifikats in Kreuztal“.
- Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Lennestadt (2014a). „Audit-Fragebogen Lennestadt“.
- Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Lennestadt (2014b). „Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikats ‚Familiengerechte Kommune‘ der Stadt Lennestadt“.
- Familiengerechte Kommune e. V. und Stadt Lippstadt (2014b). „Audit-Fragebogen Lippstadt“.
- Jugendamt der Landeshauptstadt Düsseldorf (2011). „Erster Jahresbericht zur Erhaltung des Zertifikats in Düsseldorf“.
- Möller, Detlef (2015). Telefongespräch mit dem Jugendhilfeplaner der Stadt Gladbeck am 14.4. 2015.

Kommunale Prävention – fiskalisch fokussiert



Das Erfassen von Kosten und Aufwendungen für kommunale Prävention ist eine der zentralen Aufgaben der fiskalischen Begleitforschung des Projekts „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz). Im Rahmen dieser Begleitforschung beschäftigt sich der vorliegende Werkstattbericht mit der präzisen Beschreibung, Definition und Eingrenzung von investiven Aufwendungen für Prävention für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene. Damit dient der Bericht zum einen der Klarstellung der Begrifflichkeit und zum anderen der Vorbereitung einer empirischen Erhebung kommunaler Präventionsausgaben in Nordrhein-Westfalen.

Familiengerechte Rahmenbedingungen



Die Gestaltung von Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen Nordrhein-Westfalens ist eine der Kernaufgaben des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz). Die Aufgaben und Handlungsbedarfe, die damit auf kommunaler Ebene einhergehen, sind jedoch lokal verschieden. Die vorliegende Typisierung identifiziert Kommunen mit ähnlichen Herausforderungen und fasst sie zu Gruppen zusammen. So werden Vergleichbarkeit und voneinander Lernen möglich. Aufgezeigt werden Ansatzpunkte kommunaler Präventionsstrategien für die unterschiedlichen Typen von Kommunen.

Dass Kommunen voneinander lernen, ist ein wichtiges Anliegen des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiZ). So auch von den Beispielen kommunaler familiengerechter Praxis in Nordrhein-Westfalen, die in dieser Broschüre vorgestellt werden. Im Band 2 „Familiengerechte Rahmenbedingungen“ wurden Kommunen-Typen mit ähnlichen Herausforderungen identifiziert und zu Gruppen zusammengefasst. Darauf aufbauend wird im Band 3 aufgezeigt, wie Kommunen mit den spezifischen Aufgaben und Handlungsbedarfen umgehen und welche Schlüsse für die Gestaltung der kommunalen Präventionsstrategie daraus gezogen werden.

An important concern of the model project “Leave no child behind! Preventive measures in NRW municipalities” is that municipalities learn from each other. This also applies in the examples of family-friendly municipal practice in North Rhine Westphalia, presented in this brochure. In volume 2, “Family-friendly conditions”, types of municipalities which face similar challenges are identified and combined into groups. Building on this, it is shown in volume 3 how municipalities manage specific tasks and the need for action, as well as which conclusions can be drawn from this for the design of preventive municipal strategies.

www.bertelsmann-stiftung.de
www.kein-kind-zuruecklassen.de

ISSN-Print 2364-0375
ISSN-Internet 2364-0383